

DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026

533 Editorial von Marcel Fratzscher

535 Bericht von den DIW-Konjunkturforscher*innen

Deutsche Wirtschaft wächst, aber nicht aus eigener Kraft – Weltwirtschaft bleibt auf Kurs



537

Deutsche Wirtschaft: Exportüberraschung hebt Wachstum, Binnennachfrage bleibt kraftlos



549

Trotz Iran-Krieg bleibt die Weltwirtschaft auf Kurs

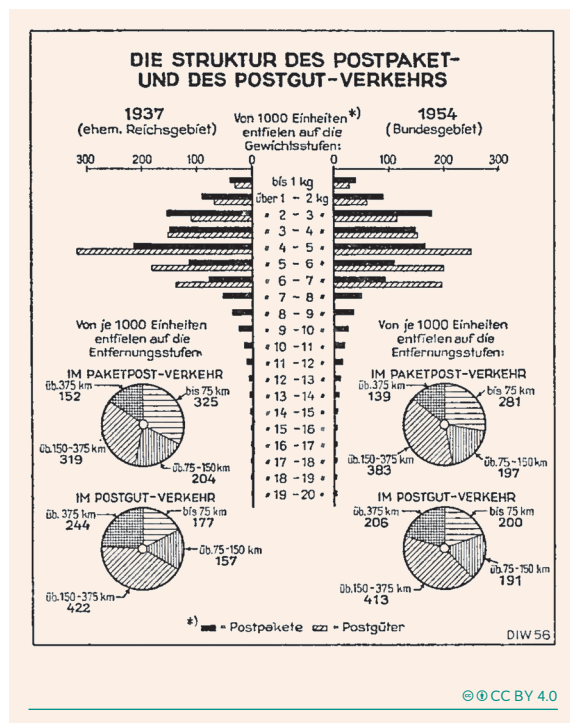
556 Anhang

562 Interview mit Geraldine Dany-Knedlik

566 Kommentar von Lorenz Meister

Der amerikanische Traum verblasst

Der Kleingutverkehr der Post



Das Postpaket gehört zu den am meisten Probleme in sich tragenden Beförderungsgegenständen der Post. Im Jahre 1955 beförderten die Deutsche Bundespost und die Landespostdirektion Berlin 226 Mill. Paketsendungen und etwa 125 Mill. Päckchen¹⁾. Dieser Kleingutverkehr²⁾ der Post steht im Wettbewerb mit dem Expreßgutverkehr des zweiten großen staatlichen Verkehrsunternehmens, der Bundesbahn, der sich im gleichen Jahr auf fast 700 000 t belief. Beide Verkehrsarten haben eine ähnliche wirtschaftliche Funktion, in beiden Fällen werden auch die Güter in der Hauptsache auf dem Schienenweg befördert. Trotz langjähriger Bemühungen ist es in der Nachkriegszeit noch nicht gelungen, diese „Doppelgleisigkeit“ der Verkehrsbedienung im Kleingutverkehr und den Wettbewerb zwischen den staatlichen Verkehrsunternehmen durch eine Neufassung des zwar noch gültigen, infolge Tarifänderungen und anderer Maßnahmen in mancher Hinsicht jedoch überholten, Abkommens zwischen Reichspost und Reichsbahn vom Dezember 1932 zu regeln. In langen Verhandlungen wurde eine gewisse Übereinstimmung zwischen beiden Verwaltungen zwar erreicht und ein Abkommen entworfen; seine Inkraftsetzung erfolgte bisher nicht, weil die damit verbundene Gebührenerhöhung z. Z. nicht tragbar erscheint.

- 1) Das Durchschnittsgewicht der Paketsendungen beträgt gegenwärtig 4,8 kg, das Durchschnittsgewicht für Päckchen ist nicht bekannt, das Höchstgewicht ist auf 2 kg festgesetzt.
2) Er setzt sich aus Paketen, Postgebühren und Päckchen im Verhältnis von 51:12:37 zusammen.

Aus dem Wochenbericht Nr. 36 vom 7. September 1956

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89–0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 4. September 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Thilo Kroeger

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer; Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Resilienz und Exporte geben deutscher Wirtschaft Grund zur Hoffnung

Von Marcel Fratzscher

Nach einer langen Durststrecke gibt es nun endlich erste Anzeichen für eine Erholung der deutschen Wirtschaft. Nach einem überraschend starken zweiten Quartal könnte die deutsche Wirtschaft 2026 um 1,2 Prozent wachsen und damit mehr als doppelt so stark wie noch vor drei Monaten angenommen. Trotzdem ist Vorsicht geboten. Eine Trendwende in der wirtschaftlichen Dynamik ist nicht garantiert, sondern angesichts einer äußerst schwierigen geopolitischen Lage nach wie vor höchst unsicher.

Die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland hat nicht nur im ersten, sondern nun auch im zweiten Quartal 2026 deutlich positiv überrascht. Anstelle eines leichten Schrumpfens konnte die deutsche Volkswirtschaft im zweiten Quartal um 0,3 Prozent zulegen. Die deutlich bessere Entwicklung geht auf zwei Faktoren zurück: die weniger stark gestiegenen Energiekosten und die stärkere Exportleistung der deutschen Volkswirtschaft.

Dass Deutschland weniger stark vom Krieg im Mittleren Osten getroffen wurde als zunächst angenommen, geht auf zwei Faktoren zurück: Zum einen lagen die Energiepreise Ende August 2026 knapp zehn Prozent unter denen, die die Märkte noch vor drei Monaten prognostiziert hatten. Dies hilft vor allem der energieintensiven deutschen Industrie. Der zweite Grund ist die gute Fähigkeit der deutschen Industrie, sich ein Stück weit aus der hohen Abhängigkeit von einzelnen Energielieferanten zu lösen.

Diese Resilienz der deutschen Industrie zeigt sich auch in anderen Bereichen. So gibt es erste Anzeichen dafür, dass sich die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes aktuell stabilisiert. Allerdings zeigen sich dabei große Unterschiede zwischen den Sektoren. Vor allem die Automobilbranche befindet sich noch immer in einem Schrumpfungsprozess. Positiv ist die Entwicklung dagegen in zahlreichen Dienstleistungssektoren, vor allem bei Pflege und Gesundheit, wo die Nachfrage demografiebedingt weiter deutlich steigt.

Die zweite Erklärung für die deutlich bessere wirtschaftliche Entwicklung ist die Stärke der Exporte. Anstatt zu schrumpfen, sind die deutschen Exporte im zweiten Quartal um 2,0 Prozent gestiegen, nach einer bereits positiven Entwicklung im ersten Quartal. Die stärkeren Exporte der Chemie, der metallverarbeitenden Industrie und von Vorleistungen für Datenzentren können allerdings nur einen begrenzten Teil dieser positiven Dynamik erklären.

Da die öffentlichen Statistiken nicht ausreichend detailliert sind, bleibt die Frage offen, in welchem Maße die Exporte von Rüstungsgütern – die häufig der Vertraulichkeit unterliegen – einen Beitrag zu dieser Dynamik geleistet haben. Zudem ist die positive Exportdynamik vor allem durch Exporte nach Europa zu erklären, wohingegen sich die Exporte in die USA oder nach China nicht positiv entwickelt haben.

Eine zentrale Frage ist, ob sich diese positive Dynamik auch im zweiten Halbjahr und 2027 fortsetzen wird. Vieles deutet darauf hin, dass die hohe Resilienz und die positiven Nachfrageeffekte aus der Weltwirtschaft auch in den kommenden zwei Jahren anhalten werden. Dies erklärt die deutliche Anhebung unserer Wachstumsprognose auf 1,2 Prozent für 2026 und auch die leichte Anhebung der Wachstumsrate auf 1,0 Prozent für 2027. Auch für 2028 sehen wir noch immer ein Wachstum von 0,7 Prozent – was deutlich über dem mittelfristigen Potenzialwachstum der deutschen Volkswirtschaft liegt.

Der wichtigste Beitrag zur wirtschaftlichen Dynamik in den kommenden zwei Jahren bleiben jedoch die öffentlichen Ausgaben für Konsum und Investitionen. Nicht nur die demografiebedingt steigenden Staatsausgaben für Pflege, Gesundheit und Rente leisten einen positiven Beitrag, sondern auch der Anstieg der öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und der Ausgaben für Verteidigung. Ungefähr die Hälfte des Wachstums in diesem Jahr – 0,6 Prozentpunkte

von 1,2 Prozent – ist durch öffentlichen Konsum und öffentliche Investitionen zu erklären.

Die größte Kehrseite der wirtschaftlichen Entwicklung ist und bleibt die private Binnennachfrage. Die privaten Investitionen entwickeln sich nach wie vor nur moderat und sind deutlich zu gering, um eine stärkere Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu gewährleisten. Auch der private Konsum entwickelt sich nur schleppend, trotz einer besser als erwarteten Lohndynamik in diesem Jahr. Die Beschäftigung dürfte erneut sinken und die Arbeitslosigkeit bis Ende des Jahres leicht zulegen, vor allem wegen der Arbeitsplatzverluste in der Industrie.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland positiv überrascht. Wir könnten nun eine Trendwende hin zu einem stärkeren Wachstum in den kommenden zwei Jahren erleben. Trotzdem ist Vorsicht geboten. Einerseits, weil die globalen Unsicherheiten nach wie vor enorm sind: Eine Eskalation des Kriegs im Mittleren Osten mit steigenden Energiekosten, eskalierende Handelskonflikte und politische Unsicherheit in Deutschland könnten sich erneut negativ auf die deutsche Wirtschaft auswirken. Trotzdem gibt es Anlass zu vorsichtigem Optimismus, dass die Erholung der deutschen Volkswirtschaft nun endlich greift und nicht erneut enttäuscht.

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

© 1 Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

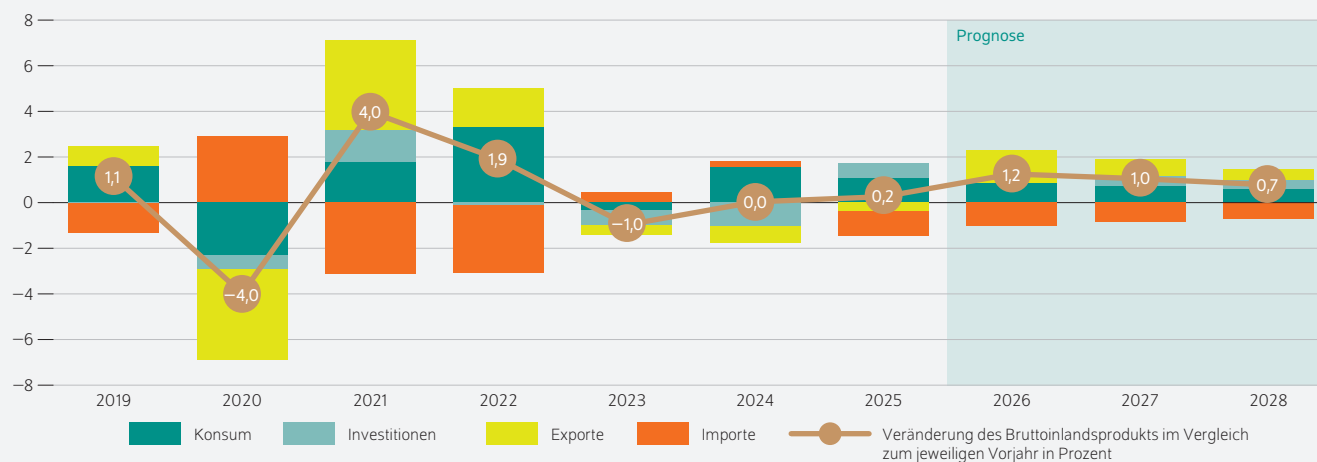
Deutsche Wirtschaft wächst, aber nicht aus eigener Kraft – Weltwirtschaft bleibt auf Kurs

Von den DIW-Konjunkturforscher*innen

- Deutsche Wirtschaft präsentiert sich widerstandsfähiger als noch im Frühsommer erwartet, vor allem dank unerwartet starker Exporte und expansiver Finanzpolitik
- DIW Berlin hebt Konjunkturprognose deutlich an und rechnet mit Wachstum von 1,2 Prozent in diesem, 1,0 Prozent im nächsten und 0,7 Prozent im übernächsten Jahr
- Erholung steht aber auf wackligen Beinen: Hohe Gaspreise, Niedrigwasser und strukturelle Schwächen bremsen die Konjunktur im zweiten Halbjahr
- Zudem drohen Rückschläge, falls die Straße von Hormus länger geschlossen bleiben sollte oder der Investitionsboom bei Künstlicher Intelligenz abrupt endet
- Weltwirtschaft dürfte 2026 und 2027 um jeweils 3,2 Prozent wachsen, 2028 dann sogar um 3,4 Prozent

Die deutsche Wirtschaft wächst in diesem Jahr dynamischer als gedacht, vor allem dank starker Exporte

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



Quelle: DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

© CC BY 4.0, creativecommons.org/licenses/by/4.0

ZITAT

„Die deutsche Wirtschaft erholt sich in diesem Jahr besser als gedacht, steht aber noch immer auf wackligen Beinen. Der Ölpreisanstieg fiel trotz des Iran-Kriegs überraschend moderat aus, gleichzeitig wurden die Exporte durch Sonderfaktoren gestützt. Beides dürfte aber nicht dauerhaft tragen.“

— Geraldine Dany-Knedlik —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Geraldine Dany-Knedlik
www.diw.de/mediathek

Deutsche Wirtschaft wächst, aber nicht aus eigener Kraft – Weltwirtschaft bleibt auf Kurs

Von Geraldine Dany-Knedlik, Nina Maria Brehl, Angelina Hackmann, Pia Hüttl, Konstantin Kholodilin, Laura Pagenhardt, Jan-Christopher Scherer, Teresa Schildmann, Hannah Magdalena Seidl, Ruben Staffa, Kristin Trautmann und Jana Wittich

EXECUTIVE SUMMARY

Die deutsche Wirtschaft hat sich in diesem Jahr widerstandsfähiger gezeigt als noch im Frühsommer erwartet. Der Energiepreisschock infolge des Iran-Kriegs ist milder ausgefallen als angenommen. Trotz des beispiellosen Förderausfalls in der Golfregion sind die Ölpreise nur moderat gestiegen, weil das Angebot andernorts zugleich ausgeweitet wurde. Beim Gas sieht das Bild anders aus: Dort liegen die erwarteten Preise nun höher als im Sommer unterstellt, und die niedrigen Speicherspeicherstände dürften ab dem Jahreswechsel spürbar werden. Die Fortsetzung der schwungvollen Erholung steht deshalb auf wackligen Beinen.

Im zweiten Quartal expandierte das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozent, maßgeblich getragen vom Außenhandel. Die Exporte legten mit 2,0 Prozent unerwartet deutlich zu, vor allem bei chemischen und Mineralölzeugnissen. Dahinter dürften Vorzieheffekte angesichts der Unsicherheit auf den Energiemärkten stehen. Die Binnennachfrage blieb dagegen verhalten. Der private Konsum stieg nur um 0,1 Prozent, die Ausrüstungsinvestitionen sanken um 1,4 Prozent, und die Erwerbstätigkeit ging weiter zurück. Im dritten Quartal dürfte die Wirtschaftsleistung in etwa stagnieren. Das Niedrigwasser in wichtigen Flüssen behindert Transport und Produktion in den energieintensiven Branchen, und die hohen Energiepreise dämpfen zusätzlich.

Dank der expansiven Finanzpolitik dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,2 Prozent zunehmen, in den beiden Folgejahren um 1,0

beziehungsweise 0,7 Prozent. Gegenüber der Sommerprognose hebt das DIW Berlin seine Erwartung für das laufende Jahr damit um gut einen halben Prozentpunkt an. Die Revision geht zu großen Teilen auf die unerwartet kräftigen Exporte im zweiten Quartal zurück. Dieses Tempo dürften die Ausfuhren in den kommenden Jahren allerdings nicht halten, denn strukturelle Schwächen wie die nachlassende Wettbewerbsfähigkeit gegenüber wichtigen Märkten wie China bleiben bestehen. Immerhin dürfte die robuste Weltwirtschaft die Auslandsnachfrage stützen. Für die globale Wirtschaftsleistung erwartet das DIW Berlin ein Wachstum von jeweils 3,2 Prozent in diesem und im kommenden Jahr sowie von 3,4 Prozent im Jahr 2028. Zwar belasten die gestiegenen Energiepreise vielerorts die wirtschaftliche Aktivität, zugleich stützen aber der Investitionsboom in Künstliche Intelligenz und steigende Militärausgaben die Nachfrage. Gerade davon könnte die deutsche Wirtschaft als Vorleistungsproduzent profitieren.

Insgesamt bleibt die einsetzende Erholung eine Sache der öffentlichen Hand, während die Privatwirtschaft in Deutschland nur schleppend in Fahrt kommt. Die Verbraucherpreisinflation liegt mit 2,7 Prozent in diesem und 2,6 Prozent im kommenden Jahr weiter deutlich über dem Ziel der Europäischen Zentralbank. Das zentrale Abwärtsrisiko hat sich derweil vom Öl- zum Gasmarkt verlagert. Ende August waren die deutschen Gasspeicher nur zu rund 52 Prozent gefüllt. Ein kalter Winter oder eine erneute geopolitische Zuspitzung würde die Inflation länger hochhalten und die private Nachfrage dämpfen.

Deutsche Wirtschaft: Exportüberraschung hebt Wachstum, Binnennachfrage bleibt kraftlos

Die deutsche Wirtschaft hat sich im laufenden Jahr widerstandsfähiger gezeigt als noch im Frühsommer erwartet. In der ersten Jahreshälfte ist die wirtschaftliche Aktivität insgesamt kräftig gestiegen. Die Fortsetzung dieser schwungvollen Erholung steht allerdings auf wackligen Beinen.

Der Energiepreisschock infolge des Iran-Kriegs fiel deutlich milder aus als im Sommer erwartet. Obwohl der Krieg in der Golfregion einen historisch beispiellosen Förderausfall verursachte, sind die Ölpreise vergleichsweise moderat gestiegen. Denn das weltweite Ölangebot wurde zugleich ausgeweitet, unter anderem durch die koordinierte Freigabe strategischer Reserven und durch zusätzliche Mengen infolge gelockerter Sanktionen. Zudem ist davon auszugehen, dass Fördermengen die Region über alternative Transportwege oder Schiffe außerhalb der öffentlichen Statistik verlassen haben. Die Preiserwartungen für Rohöl sind für die kommenden Jahre zuletzt wieder gesunken. Dagegen werden deutlich höhere Preise für Gas erwartet (Kasten 1). Die niedrigen Gasspeicherstände in Deutschland dürften zusammen mit der verzögerten Weitergabe von Gaspreiserhöhungen ab dem Jahreswechsel spürbar werden.¹

Die starke Konjunktur in der ersten Jahreshälfte wurde von kräftig zulegenden Exporten getragen, die wohl unter anderem auf Sondereffekte zurückzuführen sind. Im zweiten Quartal wurden aus dem Ausland verstärkt rohölintensive Vorprodukte der chemischen Industrie nachgefragt – möglicherweise, um sich gegen weiter steigende Energiepreise zu wappnen. Der Zuwachs dürfte daher nur in Teilen eine nachhaltig stärkere Auslandsnachfrage widerspiegeln. Denn strukturelle Schwächen der deutschen Wirtschaft, wie die schwindende Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und hohe Produktionskosten, bleiben vorerst bestehen. Gedämpft wird die Erholung im zweiten Halbjahr außerdem durch die über den Sommer niedrigen Pegelstände von für die Binnenschifffahrt wichtigen Flüssen, die den Warentransport behindert und die Industrieproduktion eingeschränkt haben.

Dass die deutsche Wirtschaft nun besser dasteht als noch vor dem Sommer erwartet, liegt nicht zuletzt daran, dass das Statistische Bundesamt die Konjunkturzahlen für das erste Quartal merklich hoch revidiert hat.² Eine spürbare

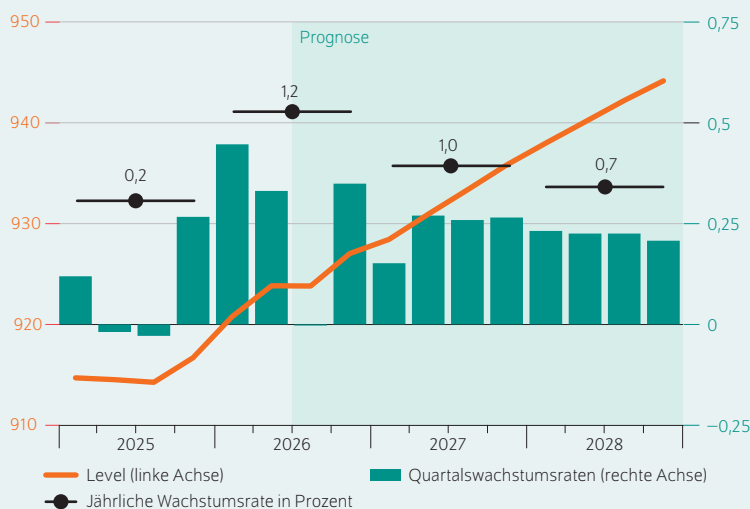
¹ Stichtag dieser Prognose ist der 27. August 2026. Zusätzliche Abbildungen und Tabellen sind unter www.diw.de/konjunkturzahlen abrufbar. Diese Prognose wurde zum Teil mit Hilfe von KI-Anwendungen erstellt.

² Deutliche Aufwärtsrevisionen der amtlichen Statistik ändern zudem das grundlegende Bild der Wirtschaftsentwicklung der vergangenen Jahre, besonders für das Jahr 2024. Dort weist das Statistische Bundesamt nun eine Stagnation statt eines Rückgangs der Wirtschaftsleistung um 0,5 Prozent aus, sodass die deutsche Wirtschaft nicht mehr zwei Jahre in Folge geschrumpft ist. Die Wachstumsraten des privaten Konsums und des Staatskonsums wurden deutlich angehoben; auch die Investitionen fielen rückblickend etwas günstiger aus. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe nahm deutlich weniger stark ab als bisher ausgewiesen – der Eindruck einer

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland

In Milliarden Euro (linke Achse) beziehungsweise in Prozent zum Vorquartal (rechte Achse)



Anmerkung: Prognose ab dem dritten Quartal 2026, preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

© CC BY 4.0

Die deutsche Wirtschaft dürfte in diesem und im kommenden Jahr stärker wachsen als noch im Sommer gedacht.

Beschleunigung des hiesigen privaten Konsums und der privaten Investitionen ist bislang allerdings ausgeblieben. Vordergründig getragen wird die deutsche Wirtschaft nach wie vor von der öffentlichen Nachfrage, angeschoben von der expansiven Finanzpolitik (Kasten 2). Das dürfte vorerst auch so bleiben.

Zweites Quartal: Exporte stützen, Binnennachfrage bleibt verhalten

Nach einem bereits kräftigen Jahresauftakt expandierte das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal erneut, und zwar um 0,3 Prozent (Abbildung 1). Maßgeblich getragen wurde dieser Zuwachs vom Außenhandel. Die Exporte legten mit 2,0 Prozent deutlich und unerwartet zu. Vor allem ins europäische Ausland wurde mehr exportiert, unter anderem chemische Erzeugnisse und Mineralölerzeugnisse. Dabei dürften Vorzieheffekte angesichts der durch den Iran-Krieg hervorgerufenen Unsicherheit auf den Energiemärkten

massiven Industrieschwäche mildert sich damit etwas ab und verschiebt sich hin zu einer breiter angelegten wirtschaftlichen Schwächephase im Jahr 2024.

Kasten 1

Annahmen und Rahmenbedingungen

Dieser Prognose liegen Annahmen zum Verlauf der Leitzinsen, Wechselkurse und Rohstoffpreise zugrunde (Tabelle). Sie basieren auf den bisherigen Entwicklungen, den Preisen an Terminmärkten sowie Schlussständen zum Stichtag für die Annahmen der Prognose am 13. August 2026.

Der Iran-Krieg hat zu deutlichen Preisanstiegen auf den Rohöl- und Gasmärkten geführt. Zwischenzeitliche Friedensverhandlungen ließen die Energiepreise zwar vorübergehend deutlich sinken. Nach dem Scheitern der Verhandlungen stiegen sie jedoch wieder. Auf Basis der Terminmarktpreise wird unterstellt, dass der Rohölpreis der Sorte Brent im dritten Quartal zunächst auf dem erhöhten Niveau verharrt und im weiteren Verlauf des Prognosehorizonts wieder zurückgeht. Er bleibt dabei jedoch über dem Niveau von vor Kriegsbeginn. Durchschnittlich ergibt sich ein Preis von 85 US-Dollar pro Barrel im laufenden Jahr, 77 US-Dollar pro Barrel im kommenden Jahr und 73 US-Dollar pro Barrel im Jahr 2028. Damit wird im Vergleich zum Sommer ein niedrigerer Rohölpreis unterstellt: um etwa neun Prozent für das laufende und fünf Prozent für das kommende Jahr. Auch die Großhandelspreise für Gas (TTF) steigen aufgrund des Iran-Kriegs stark an und haben

sich im Vergleich zum Vorkriegsniveau zeitweise verdoppelt. In dieser Prognose wird unterstellt, dass die Gaspreise noch bis in das vierte Quartal 2026 hinein klettern. Leere Speicher, die es für den Winter aufzufüllen gilt, dürften diese Entwicklung begünstigen. Im kommenden Jahr werden die Gaspreise annahmegemäß allmählich sinken. Im Jahresdurchschnitt ergeben sich 50 Euro je Megawattstunde für dieses Jahr, bevor die Preise im Jahr 2027 auf rund 43 Euro und im Jahr 2028 auf 30 Euro je Megawattstunde sinken. Damit liegen die Gaspreisannahmen im Vergleich zur Sommerprognose für das laufende Jahr um rund neun Prozent und für das kommende Jahr um 15 Prozent höher.

Die gestiegenen Energiepreise haben sich bereits merklich in den Verbraucherpreisen niedergeschlagen. Die Inflation im Euroraum lag im August bei 3,3 Prozent und damit über dem Zwei-Prozent-Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB). Die EZB hat auf den Preisschock im zweiten Quartal mit einer Zinserhöhung um 25 Basispunkte reagiert. In dieser Prognose wird angenommen, dass die Leitzinsen im Anschluss an die kommende Ratssitzung um weitere 25 Basispunkte angehoben werden, sodass der Einlagesatz im dritten Quartal 2,5 Prozent erreichen dürfte. Bis Ende 2027 sollte der Energiepreisschock weitgehend abgeklungen sein. Vor diesem Hintergrund wird angenommen, dass die EZB den Einlagesatz im ersten Quartal 2028 auf 2,25 Prozent senkt. Im Einklang mit den Leitzinsen haben sich auch die Geldmarktzinsen erhöht und dürften bei knapp unter drei Prozent verharrten. Die Zinserhöhung wird sich auch in den Refinanzierungskosten für Haushalte und Unternehmen abzeichnen. Es wird zudem angenommen, dass die Kapitalmarktzinsen über den Prognosehorizont weitgehend unverändert bei 3,1 Prozent für Deutschland und 3,6 Prozent für den Euroraum liegen werden. Damit haben sich die Annahmen zu den Kapitalmarktzinsen im Vergleich zur Sommerprognose nicht verändert.

Der Euro hat gegenüber dem US-Dollar zuletzt wieder aufgewertet und liegt nun bei 1,15 US-Dollar. Es wird angenommen, dass der Wechselkurs über den Prognosezeitraum auf diesem Wert verharrten wird. Dieser Prognose liegen zudem handelspolitische Annahmen zugrunde.¹

Tabelle

Annahmen dieser Prognose

		2025	2026	2027	2028
EZB-Einlagefazilität ¹ (Jahresende)	Prozent	2,0	2,5	2,5	2,25
EZB-Leitzins (Jahresende)	Prozent	2,15	2,65	2,65	2,40
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	2,2	2,4	2,9	2,8
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit zehnjähriger Restlaufzeit	3,1	3,5	3,6	3,6
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit zehnjähriger Restlaufzeit	2,7	3,1	3,1	3,1
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,15	1,15	1,15	1,15
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	68,0	85,0	77,1	73,5
Gaspreis	Euro/Megawattstunde	36,3	50,4	43,5	30,4

1 Die EZB steuert die Wirtschaft aktuell über die Einlagefazilität, nicht den Hauptrefinanzierungssatz (Leitzins).

Anmerkung: Jahresdurchschnittswerte; EZB-Einlagefazilitätswerte zum Jahresende.

Quellen: Europäische Zentralbank; European Money Markets Institute (EMMI); Eurex Exchange; Deutsche Bundesbank; Federal Reserve; Energy Information Administration (EIA); Intercontinental Exchange (ICE); CME Group; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

© CC BY 4.0

¹ Siehe dazu auch die Ausführungen zur Weltwirtschaft im Anschluss an den Deutschlandteil dieser Prognose.

ausschlaggebend gewesen sein. Auch eine im Vergleich zu den asiatischen Konkurrenten niedrigere Abhängigkeit von Vorprodukten aus der Golfregion, die infolge des Iran-Kriegs schlechter verfügbar waren, hat wohl eine Rolle gespielt. Datenverarbeitungs-, elektrische und optische Geräte „Made in Germany“ wurden im Vergleich zum Vorquartal ebenfalls vermehrt ins europäische Ausland ausgeführt – hier liegt ein Zusammenhang mit dem weltweit beschleunigten Ausbau von Rechenzentren für Künstliche Intelligenz nahe.

Die Importe stiegen mit 1,5 Prozent etwas weniger kräftig, sodass der Außenhandel insgesamt 0,2 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum beitrug (Tabelle 1).

Die Binnennachfrage blieb dagegen verhalten. Der private Konsum legte mit 0,1 Prozent nur geringfügig zu, gebremst von – im Vergleich zum Vorquartal – rückläufigen real verfügbaren Einkommen und einer anhaltend hohen Sparneigung der privaten Haushalte (Kasten 3). Auch die nach wie

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland

In Prozent (jeweils gegenüber dem Vorquartal, saison- und kalenderbereinigt)

	2025				2026				2027				2028			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,6	-0,1	-0,1	1,0	-0,6	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Öffentliche Konsumausgaben	-0,7	0,8	0,8	1,2	0,9	0,1	0,5	0,6	0,7	0,5	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	0,3	-1,1	0,2	1,2	-1,3	-0,2	0,4	1,0	0,2	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7
Bauten	0,7	-1,2	-0,5	0,6	-1,8	0,1	0,1	0,1	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,6
Ausrüstungen	-0,2	-2,0	1,1	2,8	-1,7	-1,4	0,6	2,7	-0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7
Sonstige Investitionen	-0,1	0,5	0,7	0,5	0,3	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Lagerveränderung ¹	-0,1	0,8	0,0	-0,5	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,1	0,7	0,2	0,5	-0,3	0,1	0,2	0,4	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Außenbeitrag	0,0	-0,7	-0,2	-0,2	0,7	0,2	-0,2	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-0,1
Export	1,5	-1,2	-0,7	-0,1	2,4	2,0	-0,4	0,3	0,3	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Import	1,6	0,6	-0,2	0,5	0,5	1,5	0,1	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Bruttoinlandsprodukt	0,1	0,0	0,0	0,3	0,4	0,3	0,0	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Bruttowertschöpfung	0,4	-0,1	0,1	0,3	0,3	0,4	0,0	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	0,7	-0,4	-0,7	0,1	0,5	0,9	-1,0	0,6	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Baugewerbe	0,6	-1,9	-0,4	-0,5	-0,6	-0,1	0,2	0,2	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,6	-0,3	0,3	-0,2	0,5	0,3	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister	0,4	0,2	-0,2	-0,1	0,3	0,3	-0,1	0,3	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	0,3	0,2	0,3	0,9	0,3	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Anmerkung: Prognose ab dem dritten Quartal 2026.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

© CC BY 4.0

vor schwache Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürfte die Konsumlaune gedämpft haben: Zwar ist die Arbeitslosigkeit erneut nur geringfügig gestiegen, allerdings nahm die Zahl der Erwerbstätigen das vierte Quartal in Folge um etwa 50 000 Personen ab. Der öffentliche Konsum expandierte nach einem starken ersten Quartal mit 0,1 Prozent im zweiten Vierteljahr ebenfalls nur schwach (Abbildung 2). Die Investitionen gingen zurück, weil weiterhin vor allem private Investoren zurückhaltend agierten. Nur im Bereich der sonstigen Anlagen, worunter die Anschaffung von Software fällt, wurde spürbar mehr investiert (plus 0,8 Prozent). Die Ausrüstungsinvestitionen sanken um 1,4 Prozent und die Bauinvestitionen stagnierten nahezu (plus 0,1 Prozent). Wohnungs- und Wirtschaftsbau nahmen erneut deutlich ab, was nicht zuletzt an kräftig steigenden Baupreisen gelegen haben dürfte. Lediglich der öffentliche Bau legte zu; vor allem im Tiefbau wurde – wahrscheinlich im Zuge der umfangreichen staatlichen Infrastrukturmaßnahmen – deutlich mehr investiert.

Die Entwicklung von Konsum, Investitionen und Außenhandel, also der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts, spiegelt sich auf der Produktionsseite wider. Die Bruttowertschöpfung stieg im zweiten Quartal erneut kräftig um 0,4 Prozent. Das Verarbeitende Gewerbe expandierte mit 0,9 Prozent überraschend deutlich. Dafür gaben die Bereiche der chemischen Produktion und der Herstellung elektrischer Ausrüstungen den Ausschlag, also dieselben

Branchen, die auch den Exportanstieg trugen. Passend zur Stagnation der Bauinvestitionen schrumpfte das Baugewerbe das fünfte Quartal in Folge, allerdings nur noch geringfügig (um 0,1 Prozent). Dass sich die Abwärtsdynamik der vergangenen Quartale abschwächte, dürfte zu großen Teilen an den staatlichen Infrastrukturmaßnahmen gelegen haben. In den Dienstleistungsbereichen wurde die Wirtschaftsleistung insgesamt ausgeweitet. Deutlich zulegen konnte der Bereich Information und Kommunikation (plus 0,6 Prozent), der bereits seit Mitte des vergangenen Jahres kräftig expandiert. Hier dürfte sich die verstärkte Nutzung von Künstlicher Intelligenz niederschlagen. Auch der Zuwachs bei den öffentlichen Dienstleistungen fiel – trotz des schwächeren Staatskonsums – erneut deutlich aus (plus 0,6 Prozent). Wo die Entwicklung an der Kaufkraft der privaten Haushalte hängt, war die Dynamik dagegen schwach; im Gastgewerbe sank die Wertschöpfung sogar um 1,8 Prozent.

Drittes Quartal: Niedrigwasser und hohe Energiepreise bremsen Konjunktur

Zu Beginn des zweiten Halbjahres hat sich die Stimmung der Unternehmen aufgehellt. Der ifo-Geschäftsklimaindex ist im August das vierte Mal in Folge gestiegen, der Einkaufsmanagerindex (PMI) lag erneut oberhalb der Expansionsschwelle von 50 Punkten. Getragen wird diese Aufhellung vor allem von der Industrie, wo der PMI ein Mehrjahreshoch erreichte. Für die Dienstleister fällt das Bild uneinheitlich aus: Zwar

Kasten 2

Annahmen zu den finanzpolitischen Maßnahmen

Die Finanzpolitik ist im laufenden und im kommenden Jahr expansiv ausgerichtet, im Jahr 2028 dürfte sie hingegen nahezu konjunkturneutral wirken (Tabelle).

Einnahmenseitig tragen weiterhin die Anpassungen des Einkommensteuertarifs über den gesamten Prognosehorizont zu einer Entlastung der privaten Haushalte bei. Dadurch, dass die entlastenden Elemente der voraussichtlich ab dem 1. Januar 2027 in Kraft tretenden Einkommensteuerreform erst teilweise wirksam werden, wohingegen belastende Gegenfinanzierungsmaßnahmen schneller greifen, geht von der Reform im Jahr 2028 ein stärkerer expansiver Impuls aus als im Jahr 2027. Unternehmen profitieren im gesamten Prognosezeitraum von den steuerlichen Entlastungen des Investitionssofortprogramms, das ab dem Jahr 2028 nicht nur direkte Investitionsanreize durch stärkere degressive Abschreibungen beinhaltet, sondern auch eine schrittweise Absenkung der Körperschaftsteuer. Die Gastronomiebranche wird durch die dauerhafte Umsatzsteuersenkung auf sieben Prozent weiterhin entlastet, wenn auch mit abnehmender Wirkung, und landwirtschaftliche Betriebe profitieren im laufenden Jahr von der Rückvergütung für Agrardieselausgaben. Die temporäre Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe im Mai und Juni des laufenden Jahres aufgrund des Iran-Kriegs wirkt mechanisch im kommenden Jahr restriktiv.

Von der stufenweisen Anhebung der Tabaksteuer geht in allen Jahren des Prognosehorizonts ein moderater restriktiver Impuls aus. Die Erlöse aus dem Brennstoffemissionshandel (BEHG) steigen im laufenden Jahr spürbar, da der Preis je Tonne CO₂ zum Jahreswechsel um zehn Euro auf die Obergrenze von 65 Euro des festgelegten nationalen Korridors gestiegen ist. Annahmegemäß verbleibt er dort in den Jahren 2027 und 2028.¹ Auch die globale Mindestbesteuerung (Säule 2) trägt im laufenden Jahr zu Mehreinnahmen bei, und ab dem Jahr 2027 wird annahmegemäß die bisher vom Staat getragene EU-Plastikabgabe auf Unternehmen und Verbraucher*innen umgelegt. Ebenfalls neu hinzu kommt ab dem Jahr 2027 eine Steuer auf zuckerhaltige Getränke. Trotz dieser Maßnahmen überwiegen insgesamt die Entlastungen für Unternehmen und Haushalte, so dass die Finanzpolitik auf der Einnahmenseite der Gebietskörperschaften in allen Jahren des Prognosehorizonts moderat expansiv ausgerichtet ist.

Auf Seiten der Sozialversicherungen wirkt der weiter steigende durchschnittliche Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Kranken-

versicherung im laufenden Jahr sowie erneut im Jahr 2028 kräftig restriktiv, während der Beitragssatz im Jahr 2027 dank des im Sommer 2026 verabschiedeten GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes annahmegemäß konstant gehalten werden kann. Zudem werden für die Jahre 2027 und 2028 weitere Anstiege des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung unterstellt. Für das Jahr 2028 zeichnet sich außerdem eine deutliche Anhebung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung ab. Insgesamt wird die finanzpolitische Ausrichtung auf der Einnahmenseite der Sozialversicherungen im Prognosezeitraum immer restriktiver und wiegt im Jahr 2028 die steuerlichen Entlastungen vollständig auf.

Die finanzpolitische Gestaltung der Ausgabenseite des Staates hat im Prognosehorizont zunächst weiterhin einen deutlich expansiven Charakter, auch wenn von einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen restriktive Impulse ausgehen. So dämpfen Kürzungen beim Wohngeld und beim Elterngeld die Ausgaben. Demgegenüber entstehen durch die Anhebung des Kindergeldes – als Teil der Einkommensteuerreform 2026 – sowie durch das Startchancenprogramm für Schulen Mehrausgaben. Ab dem Jahr 2027 kommt noch die vom Kabinett beschlossene BAföG-Reform hinzu. Die weiterhin größten expansiven Impulse gehen von den erweiterten Verschuldungsspielräumen für Infrastruktur und Verteidigung aus. Aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) fließen in allen Jahren des Prognosehorizonts, wenn auch mit abnehmendem Tempo, weiter steigende Mittel ab. Im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr bestellte Ausrüstungsgüter werden zunehmend ausgeliefert und die Bereichsausnahme für Verteidigung wird mit weiterer Dynamik ausgeschöpft, so dass die Verteidigungsausgaben in allen Jahren spürbar steigen. Die zusätzliche finanzielle Unterstützung der Ukraine wirkt im laufenden und im kommenden Jahr noch expansiv, wird im Jahr 2028 aber zurückgefahren werden und dann einen restriktiven Impuls aussenden. Über den Klima- und Transformationsfonds (KTF) wird ab dem laufenden Jahr die Bezuschussung der Netzentgelte finanziert, sowie ab dem Jahr 2027 der Industriestrompreis zur Dämpfung des Strompreises energieintensiver Unternehmen. Die Impulse aus den übrigen KTF-Programmausgaben gestalten sich über den Prognosehorizont uneinheitlich (expansiv im Jahr 2027 und restriktiv in den Jahren 2026 und 2028).

Auf der Ausgabenseite der Sozialversicherungen gehen im laufenden Jahr von der Entbudgetierung der Hausarztversorgung, dem Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz sowie der Krankenhausreform expansive Impulse aus; letztere schlägt sich annahmegemäß erst im Jahr 2028 in ersten Einspareffekten nieder und wirkt dann restriktiv. Die verlängerte Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes läuft zum Jahreswechsel 2027 aus. Dadurch, dass das Instrument der Kurzarbeit aktuell wenig genutzt wird, fällt

¹ Dies ist eine konservative Annahme, die darauf beruht, dass der CO₂-Preis in diesem Bereich im Jahr 2028 mit hoher Unsicherheit behaftet ist. 2028 wird das BEHG in den europäischen Emissionshandel ETS2 überführt. Damit wird der Zertifikatspreis dann prinzipiell marktbasiert ohne einen Korridor bestimmt werden. Eine Reserve soll durch die Ausgabe weiterer Zertifikate preisstabilisierend wirken, wenn der Zertifikatspreis 45 Euro übersteigt. Ob aber eine vollständige Fixierung des Preises auf diesem Niveau gelingt, ist unklar.

Tabelle

Finanzpolitische Maßnahmen: Be- (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts

In Milliarden Euro (gegenüber dem Vorjahr)

	2026	2027	2028
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Jahressteuergesetz 2022	–0,2	–0,2	–0,2
Inflationsausgleichsgesetz (Anpassung Einkommenssteuertarif)	–0,6	–0,5	–0,6
Einkommensteuerreform 2026	0,0	–2,9	–4,1
Steueränderungsgesetz 2025 (ohne Umsatzsteuer)	0,0	–1,1	–0,9
Steuerfortentwicklungsgesetz	–5,5	–0,9	–0,4
Jahressteuergesetz 2024	0,3	–0,1	0,7
Aktivrente (Rentenpaket)	–0,8	–0,1	0,0
Zweites Betriebsrentenstärkungsgesetz (Rentenpaket)	0,0	–0,1	0,0
Degressive AfA (Zweites und Viertes Corona-Steuerhilfegesetz)	3,8	1,5	0,7
Investitionssofortprogramm	–3,4	–4,8	–6,7
Wachstumschancengesetz	–0,3	–0,6	–0,6
Zukunftsfinanzierungsgesetz	–0,1	0,0	0,0
Änderungen bei Agrardiesel-Rückvergütung	–0,4	0,0	0,0
Dauerhafte Umsatzsteuer senkung in der Gastronomie	–3,1	–0,6	–0,1
Temporäre Energiesteuerabsenkung auf Kraftstoffe	–1,4	1,4	0,0
Anhebung Lkw-Maut	0,2	0,0	0,0
Anhebung der Tabaksteuer	0,8	0,8	0,8
Luftverkehrsabgabe	–0,2	–0,2	0,0
Erlöse Brennstoffemissionshandel (BEHG)	3,0	0,0	0,0
Globale Mindestbesteuerung (Säule 2)	0,5	–0,1	–0,1
Plastikabgabe	0,0	1,4	0,0
Zuckersteuer	0,0	0,5	0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen	–2,5	–2,7	–2,2
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Erhöhung durchschnittlicher Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung	5,9	0,0	1,6
GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz	0,0	4,3	1,6
Erhöhung Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung	0,0	0,0	12,6
Erhöhung Beitragssatz in der gesetzlichen Pflegeversicherung	0,0	3,3	1,8
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Kürzungen beim Wohngeld	0,4	1,2	0,3
Kürzungen beim Elterngeld	0,1	0,4	0,0
BAföG-Reform	0,0	–0,2	–0,1
Anhebung des Kindergeldes	–0,8	–1,8	–0,9
Startchancenprogramm für Schulen	–0,5	–0,3	–0,3
Frühstartrente	0,0	–0,2	0,0
Subvention Netzentgelte	–6,5	1,0	0,0
Industriestrompreis	0,0	–2,4	1,2
Abschaffung Gasspeicherumlage	2,5	0,6	0,0
Sondervermögen KTF (ohne Netzentgelte/Industriestrompreis/Gasspeicherumlage)	3,8	–3,6	2,5
Mehrausgaben Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK)	–12,0	–10,0	–3,0
Mehrausgaben für Verteidigung (inkl. Sondervermögen Bundeswehr)	–14,5	–17,0	–8,0
Zusätzliche Unterstützung Ukraine	–2,8	–0,1	3,1
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Krankenhausreform	–0,2	–0,2	2,2
Entbudgetierung Hausarztversorgung	–0,4	0,0	0,0
Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz	–0,2	–0,3	–0,2
Verlängerung Bezugsdauer Kurzarbeitergeld	0,0	0,3	0,0
Mütterrente	0,0	0,0	–10,0
Sparpaket Krankenkassen 2026	2,0	–2,0	0,0
GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz	0,0	13,7	5,1
Insgesamt	–33,0	–22,6	–4,2
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	–0,7	–0,5	–0,1

Anmerkung: Ohne makroökonomische Rückwirkungen. Sonstige steuerliche Maßnahmen beinhalten das Jahressteuergesetz 2020, das Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts, das Behinderten-Pauschbetragsgesetz, das Vierte Bürokratienteilungsgesetz und das Kreditmarktstützungsprogramm.

Quellen: Bundesregierung (Haushaltsplan, Gesetzesentwürfe, Monatsberichte des Bundesfinanzministeriums, Finanzberichte, Datensammlung zur Steuerpolitik); DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

© CC BY 4.0

der entstehende restriktive Impuls aber gering aus. Deutlich ins Gewicht fallen wird die beschlossene Ausweitung der Mütterrente, die im Jahr 2028 (auch aufgrund von rückwirkenden Zahlungen für 2027) zu Mehrausgaben in zweistelliger Milliardenhöhe führt. Gegenläufig wirkt hingegen das im Sommer 2026 verabschiedete Beitragssatzstabilisierungsgesetz für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV), das sektorübergreifend ab dem Jahr 2027 substanzielle Einsparungen im Gesundheitswesen nach sich zieht und damit die im laufenden Jahr als GKV-Sparpaket firmierenden Konsolidierungsbemühungen fortführt und deutlich verstärkt. Insgesamt sind die finanzpolitischen Maßnahmen auf

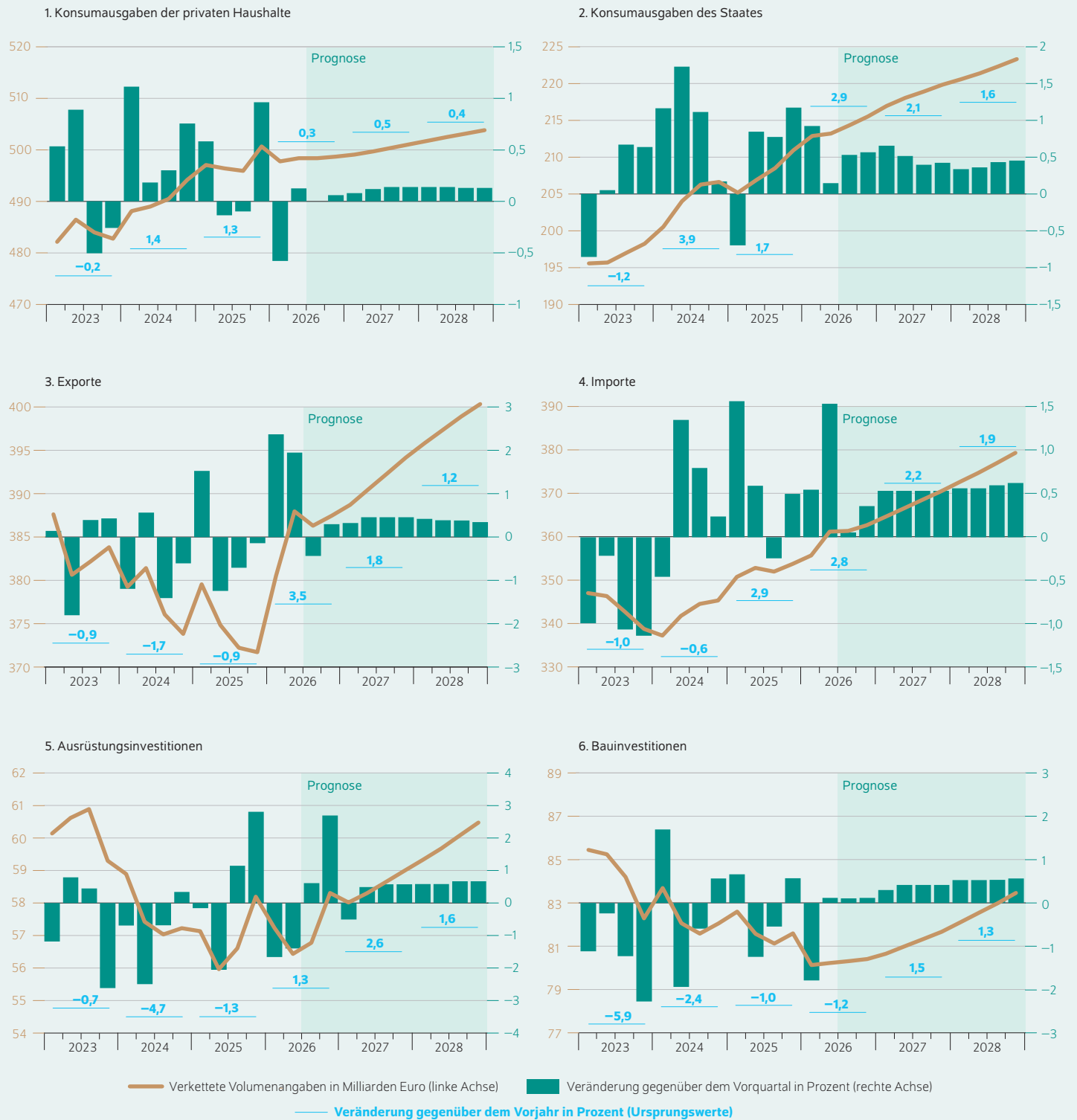
der Ausgabenseite der Sozialversicherungen im laufenden Jahr neutral, im Jahr 2027 restriktiv und im Jahr 2028 wieder nahezu neutral ausgerichtet.

Alles in allem beläuft sich die Budgetwirkung der finanzpolitischen Maßnahmen im laufenden Jahr auf –33,0 Milliarden Euro (–0,7 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt), im Jahr 2027 auf –22,6 Milliarden Euro (–0,5 Prozent) und im Jahr 2028 auf –4,2 Milliarden Euro (–0,1 Prozent).

Abbildung 2

Komponenten des Bruttoinlandsprodukts

Saison-, kalender- und preisbereinigter Verlauf



Anmerkung: Prognose ab dem dritten Quartal 2026, preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

legte der ifo-Index auch hier zu, der PMI gab jedoch nach und liegt inzwischen unter der Expansionsschwelle. Die Arbeitsmarktkindikatoren haben sich zuletzt zwar leicht gebessert, sind aber nach wie vor schwach. So überträgt sich die Zuversicht der Unternehmen bislang nicht auf die privaten Haushalte. Die Konsumstimmung bleibt angesichts der hohen Preise und angespannten Arbeitsmarktlage trüb.

Die Wirtschaftsleistung dürfte im dritten Quartal insgesamt stagnieren. Die Entwicklung wird dabei zum einen vom Niedrigwasser in wichtigen Flüssen beeinträchtigt, das vielerorts die Produktion durch Vorgüterengpässe sowie den Weitertransport behindert. Davon sind insbesondere für den Export bestimmte Güter energieintensiver Industrien, vor allem der Chemie und Metallerzeugung, betroffen. Zum anderen dürften die hohen Energiepreise infolge des Iran-Kriegs dämpfen, wenn auch weniger stark als noch im Sommer angenommen. Bereits im Juni deutete sich in den energieintensiven Bereichen ein Rückgang der Produktion an.

Die schwache Produktion dürfte im dritten Quartal in einem erneuten Rückgang der ohnehin kraftlosen privaten Investitionstätigkeit münden. Auch die Exporte werden ohne die Vorzieheffekte des zweiten Quartals und mit den Transporthemmnissen infolge des Niedrigwassers wohl wieder sinken. Der private Konsum dürfte angesichts der weiterhin hohen Inflation und einer abgeschwächten Einkommensentwicklung stagnieren. Auch im Wohnungsbau werden sich wegen des verstärkten Preisdrucks wohl kaum reale Zuwächse ergeben. Allein die öffentlichen Ausgaben dürften die Entwicklung weiter stützen (Tabelle 2).

Weiterer Verlauf: Finanzpolitik trägt Wachstum, privatwirtschaftliche Erholung verzögert sich

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen bleiben im Prognosezeitraum insgesamt günstig. Die Europäische Zentralbank (EZB) dürfte die Zinsen nach einem bevorstehenden weiteren Schritt nach oben vorerst konstant halten und zu Beginn des Jahres 2028 wieder absenken. Die Finanzpolitik bleibt zunächst deutlich expansiv ausgerichtet. Die finanzpolitischen Impulse belaufen sich annahmegemäß in diesem Jahr auf rund 33 Milliarden Euro und im kommenden Jahr auf rund 23 Milliarden Euro (Tabelle 3). Im Jahr 2028 dürfte die Dynamik dann zum Erliegen kommen. Der strukturelle Primärsaldo weitet sich bis ins Jahr 2027 auf 3,0 Prozent im Verhältnis zum Produktionspotenzial aus und verbleibt dann dort (Abbildung 3). Die für die fiskalische Überwachung im Euroraum relevanten Nettoprimärausgaben steigen in allen Jahren des Prognosehorizonts deutlich stärker als im mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plan zwischen der Bundesregierung und der Europäischen Kommission vereinbart. Auch nach Berücksichtigung der Verteidigungsflexibilität³ fällt die Kontrollgröße der Abweichungen in den

³ Unter der nationalen Ausweichklausel wird demnach ein zusätzlicher Ausgabenanstieg für Verteidigungszwecke von kumuliert 1,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Jahr 2021 nicht angerechnet.

Tabelle 2

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland

In Prozentpunkten (preisbereinigt)

	Veränderungsbeiträge ¹			
	2025	2026	2027	2028
Konsumausgaben	1,1	0,8	0,7	0,6
Private Haushalte	0,7	0,2	0,3	0,2
Staat	0,4	0,7	0,5	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	-0,1	0,1	0,4	0,4
Bauten	-0,1	-0,1	0,2	0,1
Ausrüstungen	-0,1	0,1	0,2	0,1
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderungen	0,7	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	1,7	0,8	1,1	1,0
Außenbeitrag	-1,5	0,4	-0,1	-0,2
Exporte	-0,4	1,4	0,7	0,5
Importe	-1,1	-1,0	-0,9	-0,7
Bruttoinlandsprodukt ²	0,2	1,2	1,0	0,7

¹ Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts.

² Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2026.

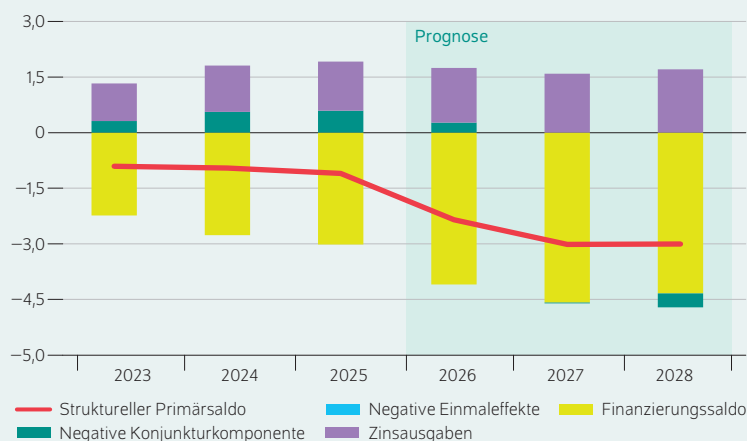
Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

© CC BY 4.0

Abbildung 3

Struktureller Primärsaldo

In Prozent (in Relation zum nominalen Produktionspotenzial)



Anmerkung: Der strukturelle Primärsaldo ergibt sich als Summe der Balken. Prognose ab dem Jahr 2026.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

© CC BY 4.0

Das strukturelle Primärdefizit weitet sich im Prognosezeitraum aus.

Jahren 2027 und 2028 größer als 0,3 Prozent und in kumulierter Betrachtung im Jahr 2028 höher als 0,6 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aus (Tabelle 4). Damit rückt die Prüfung eines Defizitverfahrens gegen Deutschland seitens der Kommission in den Bereich des Möglichen.

Tabelle 3

Ausgewählte finanzpolitische Indikatoren¹

In Prozent (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt)

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuerquote ²	Staatsschulden- quote nach Maastricht
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2017	45,7	23,7	16,4	44,4	1,0	2,4	1,3	4,3	64,0
2018	46,3	23,9	16,6	44,4	0,9	2,6	1,9	3,8	60,8
2019	46,6	24,0	16,8	45,3	0,8	2,7	1,3	3,3	58,7
2020	46,4	23,0	17,5	50,7	0,6	3,0	-4,3	2,8	68,0
2021	47,1	24,2	17,0	50,3	0,6	2,8	-3,2	2,4	68,1
2022	46,5	24,0	16,6	48,4	0,7	2,9	-1,9	2,9	65,0
2023	45,5	22,6	16,7	47,7	0,9	2,9	-2,2	3,9	62,9
2024	46,2	22,7	17,3	49,0	1,0	3,2	-2,8	4,6	63,8
2025	47,2	22,8	18,2	50,2	1,1	3,4	-3,0	4,8	64,8
2026	46,8	22,4	18,2	50,8	1,2	3,4	-4,1	5,2	66,3
2027	46,6	22,3	18,3	51,2	1,2	3,6	-4,6	5,4	68,3
2028	47,2	22,4	18,8	51,6	1,3	3,7	-4,3	5,6	70,6
2028/2025	47,0	22,5	18,4	51,0	1,2	3,5	-4,0	5,2	67,5

1 In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2026.

Quellen: DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

© CC BY 4.0

Tabelle 4

Nettoprimärausgaben

In Milliarden Euro bzw. in Prozent

		2024	2025	2026	2027	2028
(1) Staatsausgaben	Mrd. Euro	2149,4	2274,4	2399,4	2514,5	2608,3
(2) – Zinsausgaben	Mrd. Euro	45,9	49,0	54,8	59,2	63,7
(3) – konjunkturelle Komponente der Arbeitsmarktausgaben (COFOG) ¹	Mrd. Euro	0,4	7,8	9,7	8,0	5,1
(4) – Ausgaben für Programme der EU ²	Mrd. Euro	8,5	7,8	11,9	9,0	9,0
(5) – Nationale Ausgaben für die Kofinanzierung von EU-Programmen ²	Mrd. Euro	1,7	1,6	2,0	2,7	2,5
(6) + Ausgabenseitige Einmaleffekte ²	Mrd. Euro	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0
(7) Nettoprimärausgaben (NPA; vor diskretionären Maßnahmen)	Mrd. Euro	2092,9	2208,3	2321,0	2435,6	2527,9
(8) Absolute Veränderung NPA	Mrd. Euro		115,4	112,8	114,6	92,3
(9) Diskretionäre einnahmeseitige Maßnahmen ³	Mrd. Euro	17,2	29,2	0,6	2,8	8,4
(10) Bereinigte absolute Differenz NPA: (8)–(9)	Mrd. Euro		86,1	112,2	111,8	83,9
(11) Zuwachsrates NPA: (10) relativ zu (7) aus jeweiligem Vorjahr	Prozent		4,1	5,1	4,8	3,4
(12) Vorgesehener NPA-Pfad unter Aktivierung nationaler Ausweichklausel ausweislich MFP	Prozent		4,4	4,5	2,3	1,7
(13) Differenz DIW und MFP: (11)–(12)	Prozentpunkte		-0,3	0,6	2,5	1,7
(14) Absolute Differenz	Mrd. Euro		-6,0	12,8	58,4	42,5
(15) Differenz relativ zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)	Prozent		-0,1	0,3	1,2	0,8
(16) Kumulierte absolute Differenz	Mrd. Euro		-6,0	6,8	65,2	107,7
(17) Kumuliert relativ zum BIP	Prozent		-0,1	0,1	1,3	2,1
(18) Verteidigungsflexibilität relativ zum BIP ⁴	Prozent		0,4	0,8	1,1	1,5
(19) Kontrollgröße nach Flexibilität relativ zum BIP: (15)–Δ(18)	Prozent		-0,5	-0,1	0,9	0,4
(20) Kumulierte Kontrollgröße relativ zum BIP	Prozent		-0,5	-0,6	0,3	0,7

1 Ab 2026 Prognose des DIW Berlin, bereinigt durch NAWRU.

2 Bis 2027 Angaben der EU-Kommission, danach Annahme des DIW Berlin.

3 Ab 2026 Prognose des DIW Berlin.

4 Bis 2027 Angaben der EU-Kommission, im Jahr 2028 auf Maximum (1,5 Prozent) gesetzt.

Quelle: DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

© CC BY 4.0

Kasten 3

Nowcast der Arbeitseinkommensungleichheit

Das DIW Berlin hat ein Modell entwickelt, das die Arbeitseinkommensungleichheit bis an den aktuellen Rand prognostizieren kann (sogenannter Nowcast). Es kombiniert jährlich vorliegende mikroökonomische Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) mit einer Vielzahl höherfrequenter gesamtwirtschaftlicher Indikatoren und Arbeitsmarktindikatoren sowie den aktuellen Ergebnissen der DIW-Konjunkturprognose in einem makroökonomischen Modell. So lassen sich die durchschnittlichen Arbeitseinkommen verschiedener Einkommensgruppen fortschreiben. Auf Basis der Modellergebnisse kann unter bestimmten Verteilungsannahmen eine Arbeitseinkommensverteilung für die Gesamtbevölkerung erstellt werden.

Die SOEP-Daten liegen aktuell bis zum Jahr 2024 (Welle v41) vor. Somit wird das Modell genutzt, um die Entwicklung der Ungleichheit für die Jahre 2025 und 2026 zu schätzen. Dabei beruht die Schätzung für 2025 ausschließlich auf makroökonomischen Daten aus der öffentlichen Statistik, während in den Nowcast für das laufende Jahr auch die aktuelle Konjunkturprognose des DIW Berlin einfließt.

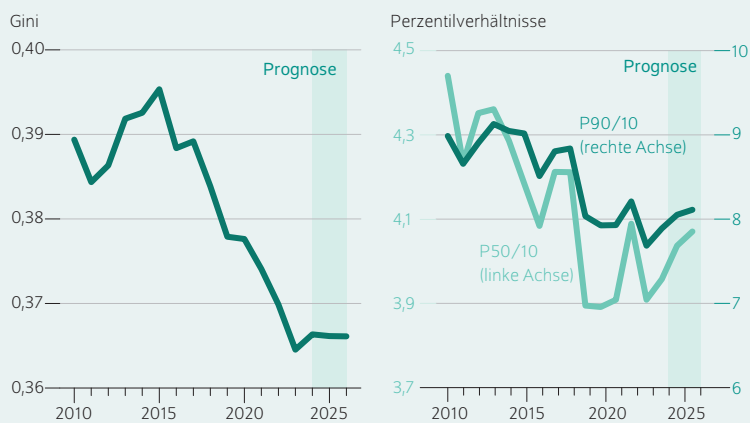
Die Modellergebnisse zeigen, dass die Arbeitseinkommensungleichheit seit 2023 wieder zugenommen hat, nachdem sie in den Krisenjahren zuvor deutlich gesunken war (Abbildung). Der Gini-Koeffizient steigt von 0,365 im Jahr 2023 auf 0,366 im Jahr 2024 und verharrt seitdem auf diesem Niveau. Dass die Ungleichheit vor allem 2024 zugenommen hat, dürfte in erster Linie daran liegen, dass die mittleren bis topverdienenden Haushalte von den Lohnverhandlungen und entsprechend kräftigen Reallohnzuwächsen nach der Phase hoher Inflation in den Jahren 2022/23 profitiert haben, während die Anstiege am unteren Ende wohl geringer ausgefallen sind. Dies legt nahe, dass die finanzpolitische

Obwohl der staatliche Expansionskurs an Fahrt verliert, dürfte der Staatskonsum im Prognoseverlauf weiter deutlich ausgeweitet werden und das Bruttoinlandsprodukt maßgeblich stützen. Dass die finanzpolitischen Impulse rechnerisch nachlassen, bedeutet dabei nicht, dass die staatlichen Ausgaben sinken. Es besagt lediglich, dass sie von Jahr zu Jahr um einen kleineren Zusatzbetrag ausgeweitet werden, während ihr Niveau weiter steigt. Die Vorleistungskäufe werden im Zuge der Abflüsse aus den Sondervermögen und der Bereichsausnahme Verteidigung wohl weiterhin kräftig zulegen. Die sozialen Sachleistungen steigen demografiebedingt ebenfalls merklich; annahmegemäß schlagen sich nur im Bereich der Krankenversicherungen Sparanstrengungen nieder. Auch die öffentliche Investitionstätigkeit dürfte weiter stark expandieren. Bestellungen, die im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr getätigt wurden, werden zunehmend ausgeliefert und verbucht. Im Tiefbau, in den ein Großteil der öffentlichen Infrastrukturmittel fließt, steigen Auftragseingänge und Bauproduktion bereits

Abbildung

Nowcast der Arbeitseinkommensungleichheit: Gini-Koeffizient und ausgewählte Perzentilverhältnisse

Indexpunkte (linke Grafik), Prozent (rechte Grafik)



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

© CC BY 4.0

Die Ungleichheit der Arbeitseinkommen steigt leicht.

Ausrichtung in Deutschland einen leichten Anstieg der Arbeitseinkommensungleichheit zumindest nicht verhindern konnte. Erkennen lässt sich das auch daran, dass die Einkommensverhältnisse zwischen Spitzen- und Niedrigverdienenden (P90/10) sowie zwischen der Mitte und dem unteren Ende der Verteilung (P50/10) seit dem Jahr 2023 ebenfalls steigen.

seit mehreren Jahren spürbar. So ist auch für den weiteren Verlauf mit deutlichen Zuwächsen der öffentlichen Ausrüstungs- und Bauinvestitionen zu rechnen.

Derweil dürfte die private Binnennachfrage weiter nur moderat anziehen. Die Auftragseingänge aus dem Inland haben sich zuletzt stabilisiert, wenn auch maßgeblich von Großaufträgen geprägt, hinter denen vermutlich größtenteils militärische Beschaffungen stehen. Davon profitieren nicht nur die Rüstungsunternehmen im engeren Sinne, sondern auch Hersteller im sogenannten Dual-Use-Bereich, deren Erzeugnisse – etwa Elektronik, Optik oder Fahrzeugtechnik – sowohl zivil als auch militärisch verwendet werden. Die verstärkte Nachfrage nach Industriegütern erlaubt insofern vorsichtige Zuversicht. Dennoch bleibt der Produktionsstandort Deutschland von strukturellen Hindernissen, allen voran den hohen Energiekosten, geprägt und die Investitionsbereitschaft zögerlich, sodass die Unternehmensinvestitionen wohl nur langsam an Fahrt gewinnen.

Kasten 4

Produktionspotenzial

Tabelle 1

Mittelfrist: Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

In tausend Personen (sofern nicht anders angegeben)

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer*innen (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigen- stunde		
	in Tausenden	in Tausenden	in Stunden	in Milliarden Euro	in Euro	in Euro	in Milliarden Euro	2020 = 100
2019	45 291	41 145	1 372	3 624	80 010	58	3 558	98
2025	45 878	42 214	1 336	3 654	79 645	60	4 530	124
2031	45 410	41 854	1 334	3 816	84 043	63	5 476	143
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2025/2019	0,2	0,4	-0,4	0,1	-0,1	0,4	4,1	4,0
2031/2025	-0,2	-0,1	0,0	0,7	0,9	0,9	3,2	2,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

© CC BY 4.0

Die Berechnung des Produktionspotenzials basiert auf dem Verfahren, das von der Europäischen Kommission vorgeschrieben wird.¹ Dieses basiert auf einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeitsvolumen, Kapitalstock und der totalen Faktorproduktivität (TFP). Absehbare demografische Struktureffekte werden berücksichtigt, indem die Entwicklung der Komponenten des Arbeitsvolumens für unterschiedliche Alterskohorten fortgeschrieben, geglättet und anschließend mit den Altersanteilen zu einer gesamtwirtschaftlichen Komponente aggregiert werden.²

Für die Bevölkerungsentwicklung orientiert sich das DIW Berlin an der Variante G2-L2-W1 der vom Statistischen Bundesamt im Dezember 2025 veröffentlichten 16. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, die jeweils eine moderate Entwicklung der Geburtenhäufigkeit und der Lebenserwartung und einen niedrigen Wanderungssaldo unterstellt. Im laufenden Jahr dürfte die Nettozuwanderung auf rund 100 000 Personen zurückgehen. Unter Annahme, dass der Wanderungssaldo ab dem Jahr 2027 dem Niveau der Variante W1 entspricht, wird die Nettozuwanderung im weiteren Verlauf auf 150 000 Personen gesetzt. Die gesamte Erwerbsbevölkerung in Deutschland begann bereits 2025 im Zuge der demografischen Alterung zu sinken (Tabelle 1). Die

Partizipationsquoten werden seit der vermehrten Zuwanderung im Jahr 2015 für Geflüchtete und für die übrige Erwerbsbevölkerung separat betrachtet. Für das laufende Jahr wird eine Partizipationsquote aller Geflüchteten von etwa 70 Prozent vorhergesagt. Die Partizipationsquote der übrigen Erwerbsbevölkerung wird in der mittleren Frist nach Modem anhand eines Alterskohortenmodells fortgeschrieben, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass das Gewicht von Alterskohorten mit hoher Erwerbsbeteiligung

Tabelle 2

Wachstum des realen Produktionspotenzials
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2019–2025	Modem	EU-Methode
		2025–2031	2025–2031
Produktionspotenzial	0,7	0,3	0,5
Wachstumsbeiträge			
Kapitalvolumen	0,3	0,2	0,3
Totale Faktorproduktivität	0,3	0,3	0,4
Arbeitsvolumen	0,1	-0,3	-0,2
Bevölkerung im erwerbstätigen Alter	0,2	-0,2	-0,2
Partizipationsquote	0,1	0,0	0,1
Erwerbslosenquote	0,0	0,0	0,0
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,2	-0,1	0,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

© CC BY 4.0

So ist am Arbeitsmarkt lediglich mit einer allmählichen Belegung zu rechnen (Tabelle 5). Die anziehende Nachfrage dürfte die bestehenden Kapazitäten aber zunehmend auslasten und dafür sorgen, dass die Erwerbstätigkeit nach der Phase des Beschäftigungsabbaus ab 2027 wieder etwas

zunimmt. Die Realeinkommen dürften weiter zulegen, allerdings nur mäßig. Zusammen mit der anhaltend hohen Sparneigung wird sich dies wohl in einer insgesamt verhaltenen Entwicklung des privaten Konsums niederschlagen.

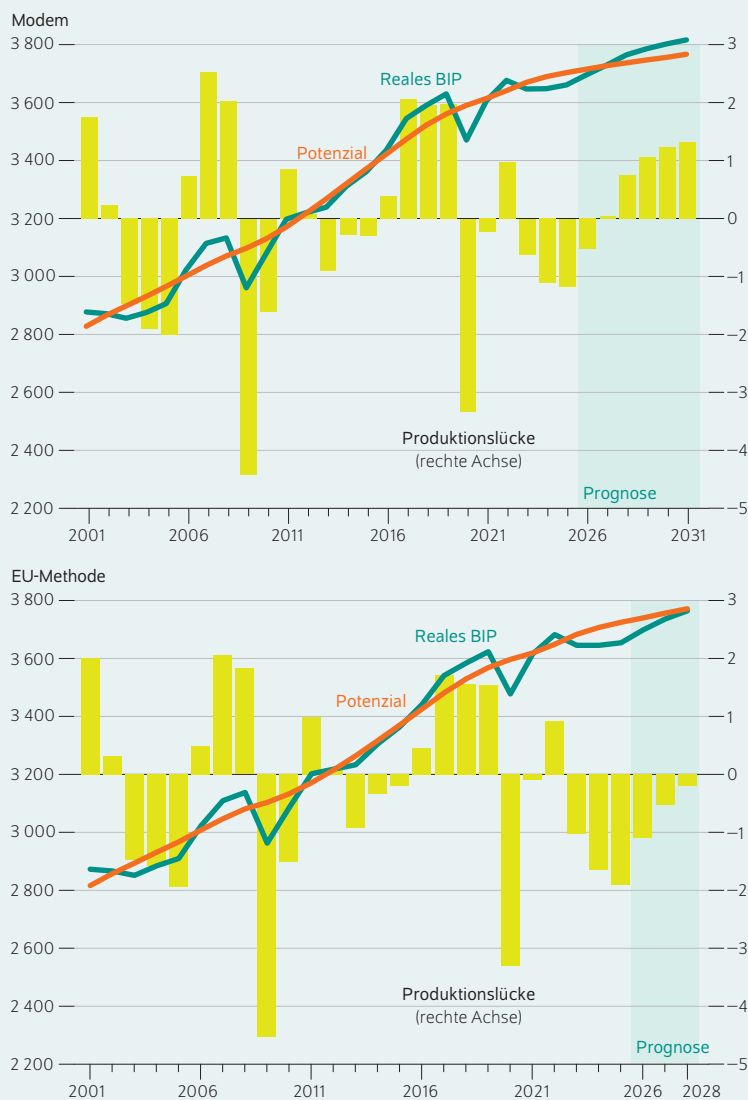
demografisch bedingt abnimmt und das von Kohorten mit deutlich niedrigerer Erwerbsbeteiligung zunimmt.³ Die gesamtwirtschaftliche Partizipationsquote ergibt sich als gewichteter Durchschnitt der als strukturell interpretierten Partizipationsquote der Geflüchteten und des Trends der Erwerbsbeteiligung der übrigen Bevölkerung. Gemäß diesem Ansatz erreicht sie im Jahr 2027 ihren Höhepunkt und wird danach sinken. Die Schätzung der strukturellen Erwerbslosenquote berücksichtigt die besondere Arbeitsmarktsituation von Geflüchteten, ergibt sich jedoch im Wesentlichen aus der strukturellen Erwerbslosenquote der übrigen Erwerbspersonen, die mit einem Hodrick-Prescott-Filter ermittelt wird. Die gesamtwirtschaftliche strukturelle Erwerbslosenquote dürfte demnach im Jahr 2026 bei etwa 3,4 Prozent liegen. Bis zum Jahr 2031 sinkt sie infolge einer fallenden Erwerbslosenquote der Geflüchteten auf 3,2 Prozent. Der Kapitalstock wird über den gesamten Projektionszeitraum anhand der Nettoinvestitionszuwächse fortgeschrieben. Zum Kapitalstock des Vorjahres kommen dementsprechend die Bruttoanlageinvestitionen abzüglich der Abschreibungen hinzu. Bis 2025 wird die tatsächliche Abschreibungsrate verwendet und anschließend konstant auf den Wert des letzten Beobachtungszeitpunktes gesetzt. Der Kapitalstock wird nicht geglättet.

Der modifizierten EU-Methode (Modem) zufolge wächst das Produktionspotenzial in der mittleren Frist im Durchschnitt um rund 0,3 Prozent und damit etwas höher als in der Sommerprognose. Ausschlaggebend für die Anhebung sind ein etwas stärkeres unterstelltes Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion sowie eine mildere Abnahme des Arbeitsvolumens, die aus einer höheren Zahl geleisteter Arbeitsstunden und einer langsamer abnehmenden Partizipationsquote resultiert. Laut der EU-Methode liegt das Potenzialwachstum in der mittleren Frist bei rund 0,5 Prozent (Tabelle 2). Die Produktionslücke, die den Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten misst, dürfte im laufenden Jahr nach Modem noch –0,5 Prozent des Produktionspotenzials betragen und damit eine Unterauslastung anzeigen. Mit –1,1 Prozent weist die EU-Methode eine deutlich größere Unterauslastung aus (Abbildung). Mit der sich fortführenden Erholung schließt sich die Lücke laut Modem im Prognoseverlauf und dürfte gegen Ende des Jahres 2027 in eine Überauslastung übergehen. Getragen wird diese Entwicklung wohl vor allem von einer anhaltend kräftigen öffentlichen Nachfrage. Dagegen soll laut EU-Methode die Lücke bis Ende der Kurzfrist negativ bleiben.

³ Siehe Timm Bönke et al. (2023): DIW-Konjunkturprognose: Aussichten reichen von wolkig bis heiter. DIW Wochenbericht Nr. 50, 703-742 (online verfügbar).

Abbildung

Bruttoinlandsprodukt und Potenzial bzw. Produktionslücke In Milliarden Euro (linke Achse) bzw. Prozent des Potenzials (rechte Achse)



Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2026.

Quelle: DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

© CC BY 4.0

Die EU-Methode weist für dieses Jahr eine deutlich größere Unterauslastung aus.

Auch vom Außenhandel sind in den kommenden Jahren nur schwache Impulse zu erwarten. Nachdem die Exporte im laufenden Jahr noch kräftig zulegen, auch getragen von den erwähnten Sondereffekten, dürfte sich ihre Dynamik in den Folgejahren spürbar abschwächen. Die gesunkene

preisliche Wettbewerbsfähigkeit, die hohen Energiekosten und die schwindende Nachfrage aus China bremsen die deutschen Ausfuhren. Zugleich steigen die Importe mit der allmählich anziehenden Binnennachfrage und den kräftigen öffentlichen Ausgaben weiter an.

Tabelle 5

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2025	2026	2027	2028
Bruttoinlandsprodukt ¹	0,2	1,2	1,0	0,7
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	45 878	45 684	45 687	45 821
Arbeitslose (1 000 Personen)	2948	2992	2928	2720
Arbeitslosenquote BA ³ (in Prozent)	6,3	6,4	6,2	5,8
Verbraucherpreise ⁴	2,2	2,7	2,6	2,0
Lohnstückkosten ⁵	4,3	2,1	2,2	2,9
Finanzierungssaldo des Staates ⁶				
in Milliarden Euro	-136,5	-192,5	-224,6	-219,0
in Prozent des nominalen BIP	-3,0	-4,1	-4,6	-4,3
Leistungsbilanzsaldo				
in Milliarden Euro	202,1	221,3	238,6	234,8
in Prozent des nominalen BIP	4,5	4,7	4,9	4,6

1 Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

2 Inlandskonzept.

3 Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

4 Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

5 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

6 In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Anmerkung: Prognose ab dem Jahr 2026.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

© CC BY 4.0

Exportüberraschung hebt DIW-Konjunkturprognose deutlich an

Alles in allem dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in diesem Jahr um 1,2 Prozent zunehmen. In den kommenden beiden Jahren wird die Wirtschaftsleistung um voraussichtlich 1,0 beziehungsweise 0,7 Prozent steigen. Im laufenden und kommenden Jahr trägt die höhere Zahl an Arbeitstagen 0,3 beziehungsweise 0,1 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum bei, während dieser sogenannte Kalendereffekt 2028 negativ ausfallen wird (-0,2 Prozentpunkte). Gegenüber der Sommerprognose hebt das DIW Berlin seine Wachstumserwartung für das laufende Jahr damit deutlich an, und zwar um gut einen halben Prozentpunkt. Diese Aufwärtsrevision geht fast vollständig auf einen Prognosefehler im ersten Halbjahr zurück – und dieser wiederum weitgehend auf die unerwartet starken Exporte im zweiten Quartal. Die statistischen Datenrevisionen tragen dagegen nur wenig zur Wachstumsrevision bei, denn sie heben zwar das Niveau der Wirtschaftsleistung an, beeinflussen die Veränderungsraten aber kaum. Auch im kommenden Jahr fällt das Wirtschaftswachstum gegenüber der Sommerprognose um 0,2 Prozentpunkte positiver aus – hierfür ist maßgeblich ein höherer statistischer Überhang aufgrund der kräftigeren Entwicklung im laufenden Jahr verantwortlich.

Das Wachstum des Produktionspotenzials liegt laut der modifizierten EU-Methode in der mittleren Frist im Durchschnitt bei rund 0,3 Prozent und damit etwas höher als in der Sommerprognose. Ausschlaggebend für die Anhebung sind ein etwas stärkeres unterstelltes Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion sowie eine mildere Abnahme des Arbeitsvolumens, die auf eine höhere Zahl geleisteter Arbeitsstunden zurückgeht. Die Produktionslücke, die den

Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten misst, dürfte im laufenden Jahr demnach noch -0,5 Prozent des Produktionspotenzials betragen und damit eine Unterauslastung anzeigen. Mit der sich fortführenden Erholung schließt sich die Lücke im Prognoseverlauf und dürfte gegen Ende des Jahres 2027 in eine Überauslastung übergehen (Kasten 4).⁴ Getragen wird diese Entwicklung wohl vor allem von einer anhaltend kräftigen öffentlichen Nachfrage.

Die Verbraucherpreisinflation wird mit voraussichtlich 2,7 Prozent in diesem und 2,6 Prozent im kommenden Jahr deutlich über dem Stabilitätsziel der EZB von rund zwei Prozent liegen. Der milder als erwartet verlaufende Ölpreisanstieg dämpft die Gesamtinflation gegenüber der Sommerprognose um 0,2 beziehungsweise 0,4 Prozentpunkte. Das DIW Berlin orientiert sich in seinen Energiepreisannahmen an den Terminmärkten und hat die Annahme über den Ölpreis entsprechend gesenkt. Die Annahme über den Gaspreis wurde hingegen angehoben, da sich dieser zuletzt weniger günstig entwickelt hat (Kasten 1). Sondereffekte wie die Erhöhung des Apotheken-Fixums im Juli dieses Jahres sowie höhere Eigenbeiträge im Gesundheitsbereich und die Tabaksteuererhöhung ab 2027 wirken zusätzlich preistreibend. Sie sind jedoch vorübergehend und stellen keine breitflächige Teuerung dar. Auch die Weitergabe höherer Energie- und Agrarproduktionskosten dürfte moderat ausfallen. Die Preisanstiege werden Anfang 2027 wohl ihren Höchststand erreichen und anschließend allmählich zurückgehen. 2028 dürfte die Inflationsrate dann wieder bei zwei Prozent liegen. Die Kerninflation wird aufgrund der Nachwirkungen des Energiepreishocks voraussichtlich länger erhöht bleiben und erst ab Mitte 2027 allmählich zurückgehen.

Die Risiken für diese Prognose sind erheblich. Das zentrale Abwärtsrisiko hat sich im Jahresverlauf vom Öl- zum Gasmarkt verlagert. Ende August lag der Gasspeicherstand in Deutschland mit rund 52 Prozent auf einem für diese Jahreszeit ungewöhnlich niedrigen Niveau. Der Gaspreis notierte zu diesem Zeitpunkt mit rund 66 Euro je Megawattstunde deutlich über dem Vorjahreswert. Ein kalter Winter, eine anhaltend hohe Nachfrage aus Asien oder eine erneute geopolitische Zuspitzung könnten die Gaspreise jedoch darüber hinaus erhöhen, die Inflation länger hochhalten und die private Nachfrage zusätzlich dämpfen. Hinzu kommt, dass die Belastungen des Energiepreishocks teils erst verzögert wirken und sich stärker als unterstellt im dritten Quartal niederschlagen könnten. Über die Energiepreise hinaus könnte eine anhaltende Sperrung der Straße von Hormus zu Lieferkettenproblemen und Produktionsbehinderungen führen. Eine Ausweitung des Konflikts auf weitere Länder oder die Finanzmärkte würde die realwirtschaftlichen Folgen verstärken. Ein zentrales binnenwirtschaftliches Risiko bleibt die Unsicherheit über den Strukturwandel im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland. Es ist offen, welcher Teil der industriellen Schwäche konjunktureller und welcher struktureller Natur ist. Sollte die unterstellte Belebung der Industrie an der gesunkenen Wettbewerbsfähigkeit scheitern, fiel die Erholung schwächer aus als erwartet.

⁴ Für die Ergebnisse der Potenzialschätzung nach der EU-Methode siehe ebenfalls Kasten 4.

Trotz Iran-Krieg bleibt die Weltwirtschaft auf Kurs

Die Weltwirtschaft hat sich im ersten Halbjahr 2026 bemerkenswert robust entwickelt. Nach einem Zuwachs des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,8 Prozent im ersten Quartal expandierte sie im zweiten Quartal im gleichen Tempo – trotz des stark eingeschränkten Verkehrs durch die Straße von Hormus seit dem Frühjahr (Abbildung 4). Hinter dieser Stabilität stehen gegenläufige Kräfte. Die durch den Iran-Krieg gestiegenen Energiepreise bremsen den privaten Konsum und die energieintensive Produktion, während der Investitionsboom in Künstliche Intelligenz (KI) und vielerorts steigende Militärausgaben die Nachfrage stützen.

Getragen wurde das Wachstum im zweiten Quartal erneut von den Schwellenländern. Ihr Expansionstempo blieb mit 1,1 Prozent nahezu unverändert. In China schwächelte die Binnenkonjunktur: Die Anlageinvestitionen lagen deutlich unter dem Vorjahreswert, vor allem wegen eines Einbruchs der Immobilieninvestitionen. Stattdessen stützten Exporte weiterhin das Wachstum. Insgesamt legte Chinas BIP um 0,9 Prozent zu. Indien dürfte mit 1,5 Prozent auf einem Expansionspfad bleiben, gestützt auch durch kräftige Investitionen in die KI-Infrastruktur. In den EU-Staaten Mittel- und Südosteuropas beschleunigte sich das Wachstum auf 0,8 Prozent, nach 0,4 Prozent im ersten Quartal, was auch auf deutlich gestiegene Verteidigungsausgaben zurückzuführen sein dürfte. Mexiko legte nach dem Rückgang von 0,8 Prozent im ersten Quartal im zweiten Quartal mit 1,5 Prozent kräftig zu. Treiber waren vor allem die Landwirtschaft, Dienstleistungen und Ausgaben im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft. Auch in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften blieb die Dynamik stabil. Im Euroraum beschleunigte sich das Wachstum nach Stagnation im ersten Quartal auf 0,4 Prozent im zweiten Quartal. Rund ein Viertel des Zuwachses geht allerdings auf Irland zurück, während Italien um 0,2 Prozent wuchs und Frankreich stagnierte. Spanien legte mit einem Quartalsplus von 0,7 Prozent erneut kräftig zu, getragen wie schon in den Vorquartalen von privatem Konsum und Investitionen, insbesondere in den Komponenten Bau und geistiges Eigentum. In Südkorea und Japan stützten weiterhin hohe Ausfuhren technologieintensiver Güter die Konjunktur. Südkoreas BIP legte im zweiten Quartal um 0,6 Prozent zu, nach einem außergewöhnlich starken Plus von 1,8 Prozent im ersten Quartal. Im Vereinigten Königreich setzte sich die Erholung fort: Nach 0,6 Prozent im ersten Quartal wuchs die Wirtschaft im zweiten Quartal um 0,4 Prozent, gestützt von Unternehmensinvestitionen in KI sowie staatlichen Rüstungsinvestitionen.

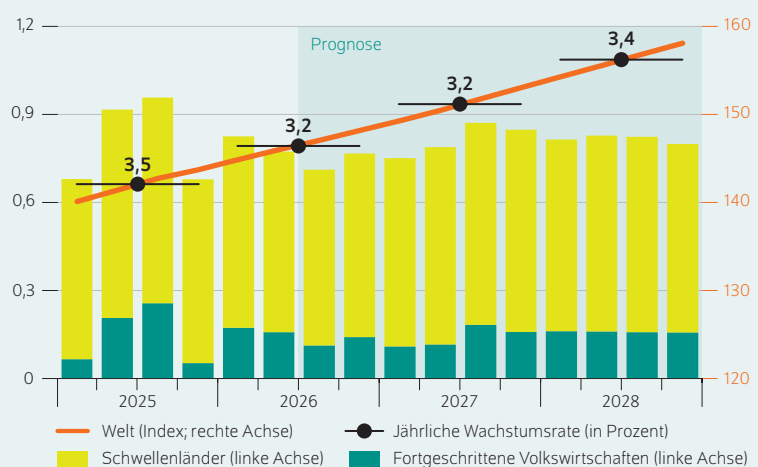
Hohe Energiepreise trüben die Aussichten, bremsen die Weltwirtschaft aber nicht aus

Der Rohölpreis ist nach Beginn des Iran-Kriegs weniger stark und weniger lange gestiegen, als viele Marktteilnehmer

Abbildung 4

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent zum Vorquartal (linke Achse);
Index 1. Quartal 2015 = 100 (rechte Achse)



Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

© CC BY 4.0

Die Weltwirtschaft erweist sich als bemerkenswert widerstandsfähig.

zunächst erwartet hatten (Abbildung 5). Das ist maßgeblich auf China zurückzuführen. Das Land importierte im zweiten Quartal 2026 mit im Schnitt 8,1 Millionen Barrel Rohöl pro Tag 32 Prozent weniger als im ersten Quartal. Es verzeichnete die niedrigsten Importe seit 2016. Noch im Februar hatte es rund zwölf Millionen Barrel pro Tag importiert.⁵ Dieser Nachfragerückgang dürfte den Preisanstieg erheblich gebremst haben, eine belastbare Quantifizierung liegt noch nicht vor. Trotz der geringeren Ölimporte fiel Chinas Raffinerieproduktion deutlich weniger stark als die Importe. Das gelang, weil das Land große strategische Ölreserven besitzt, die im ersten Halbjahr deutlich abgebaut wurden.⁶ Zudem stoppte die Regierung im März die Ausfuhr von Diesel und Benzin und deckelte im April die Einzelhandelspreise. Zudem dämpfte der anhaltende Boom bei Elektrofahrzeugen die Ölnachfrage.

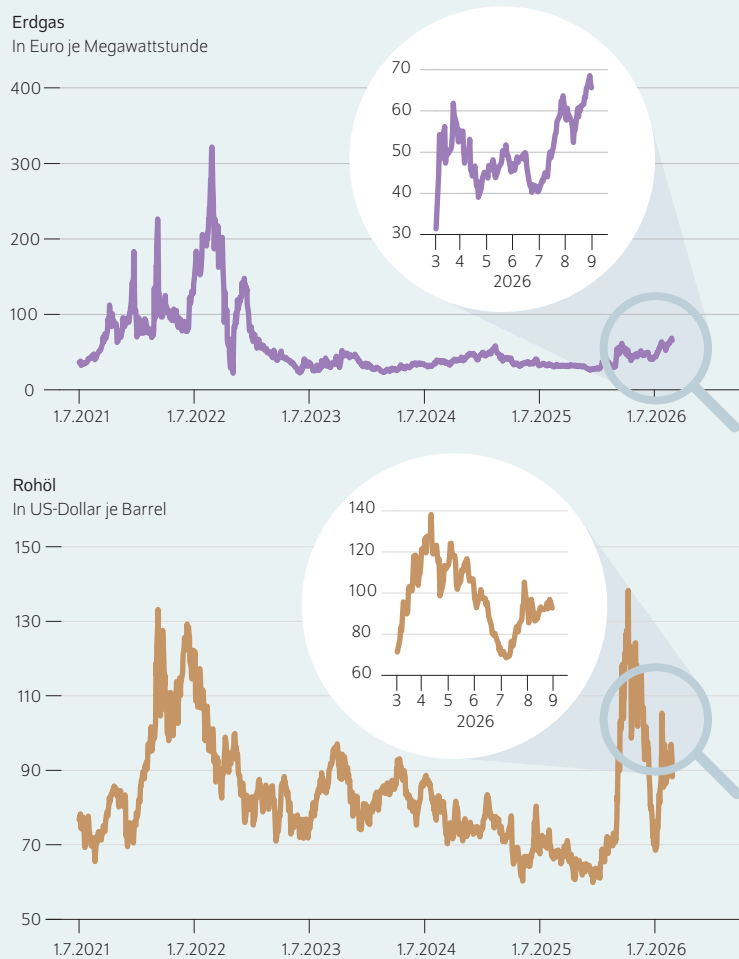
Zwar notiert der Preis der Ölsorte Brent aktuell nur rund 25 US-Dollar über dem Vorkriegsniveau, allerdings liegen die Preise für raffinierte Produkte wie Diesel, Benzin und

⁵ Vgl. U.S. Energy Information Administration (2026): China's Crude Oil Imports Fell in the Second Quarter (online verfügbar).

⁶ Wie viel von den Reserven abgebaut wurde, bleibt unklar, da China keine Bestandsdaten veröffentlicht. Vgl. Michael Meidan (2026): China's Crude Levers, Oxford Institute for Energy Studies, OIES Energy Comment, Mai 2026 (online verfügbar).

Abbildung 5

Preise für Erdgas und Rohöl



© CC BY 4.0

Die Ölpreise reagierten auf den Iran-Krieg deutlich moderater und der Preisanstieg erwies sich als kurzlebiger als zunächst vielfach erwartet.

Kerosin um etwa 60 US-Dollar je Barrel höher. Die Raffineriemarge – die Differenz zwischen Rohölpreis und Verkaufspreis der Produkte – hat sich seit Kriegsbeginn um rund 35 US-Dollar je Barrel ausgeweitet und erreichte in den USA und Europa im Juli ein Allzeithoch.⁷ Ursache ist, dass ein erheblicher Teil der weltweiten Raffineriekapazität entweder innerhalb der Straße von Hormus blockiert oder infolge der ukrainischen Drohnenangriffe auf die russische Energieinfrastruktur ausgefallen ist. Rohöl, das nicht verarbeitet werden kann, ist für Abnehmer wenig wert. Die Rationierung findet daher über die Produktpreise statt. Für die Konjunktur bedeutet dies, dass der Schock stärker wirkt als der Rohölpreis vermuten lässt, denn für Haushalte und Unternehmen sind die Kraftstoff- und Heizkosten entscheidend, nicht der Rohölpreis. Außerdem trifft der Preisschub

Transportgewerbe, Landwirtschaft und energieintensive Industrie weit härter als den Rest der Wirtschaft. Die Kostensteigerungen in diesen Bereichen wiederum übertragen sich über die Wertschöpfungsketten breit auf die übrige Wirtschaft. In Europa verschärft sich die Lage, weil der Gaspreis aktuell in etwa doppelt so hoch ist wie vor einem Jahr. In der Summe ist der Energiepreisschock damit nicht größer als in der Sommerprognose unterstellt, setzt sich aber anders zusammen. Der Ölpreis liegt unter der damaligen Annahme, der Gaspreis darüber.

Die vorliegende Prognose stützt sich auf die aus den aktuellen Termingeschäften abgeleitete Preisentwicklung für Erdöl und Erdgas. Gegenüber der Sommerprognose sind die Annahmen für die Verläufe des Ölpreises nach unten und die für den Gaspreis nach oben revidiert worden (Kasten 1). Im Jahresdurchschnitt wird ein Ölpreis von 85 US-Dollar je Barrel im Jahr 2026, 77 US-Dollar im Jahr 2027 und 73 US-Dollar im Jahr 2028 unterstellt. Für den Gaspreis werden 50 Euro je Megawattstunde im Jahr 2026, 43 Euro im Jahr 2027 und 30 Euro im Jahr 2028 angenommen. Dass die Terminmärkte für die kommenden Quartale zunächst noch steigende und danach wieder rückläufige Gaspreise erwarten, spiegelt vor allem den Wintereffekt in der europäischen Speicherbewirtschaftung wider. Der Euro hat zuletzt gegenüber dem US-Dollar aufgewertet und steht bei rund 1,17 US-Dollar. Das dämpft die in Dollar abgerechneten Energiekosten, verteuert aber zugleich die europäischen Exporte.

Die Rechtsgrundlage der US-Handelspolitik hat sich gegenüber der Sommerprognose erneut verschoben: Nachdem die zuvor auf Section 122 des Trade Act gestützten Zölle Ende Juli ausgelaufen waren, greift die US-Zollerhebung seither auf Section 301 zurück. Der effektive US-Durchschnittszollsatz ist dabei gegenüber der Sommerprognose aber nahezu unverändert geblieben. Es wird angenommen, dass die bilateralen Handelsabkommen der USA – darunter das mit der Europäischen Union – fortgeführt werden und die sektoralen Zölle auf Autos, Lastwagen, Stahl und Aluminium in Kraft bleiben. Eine neue Eskalation des Zollkonflikts wird nicht unterstellt.

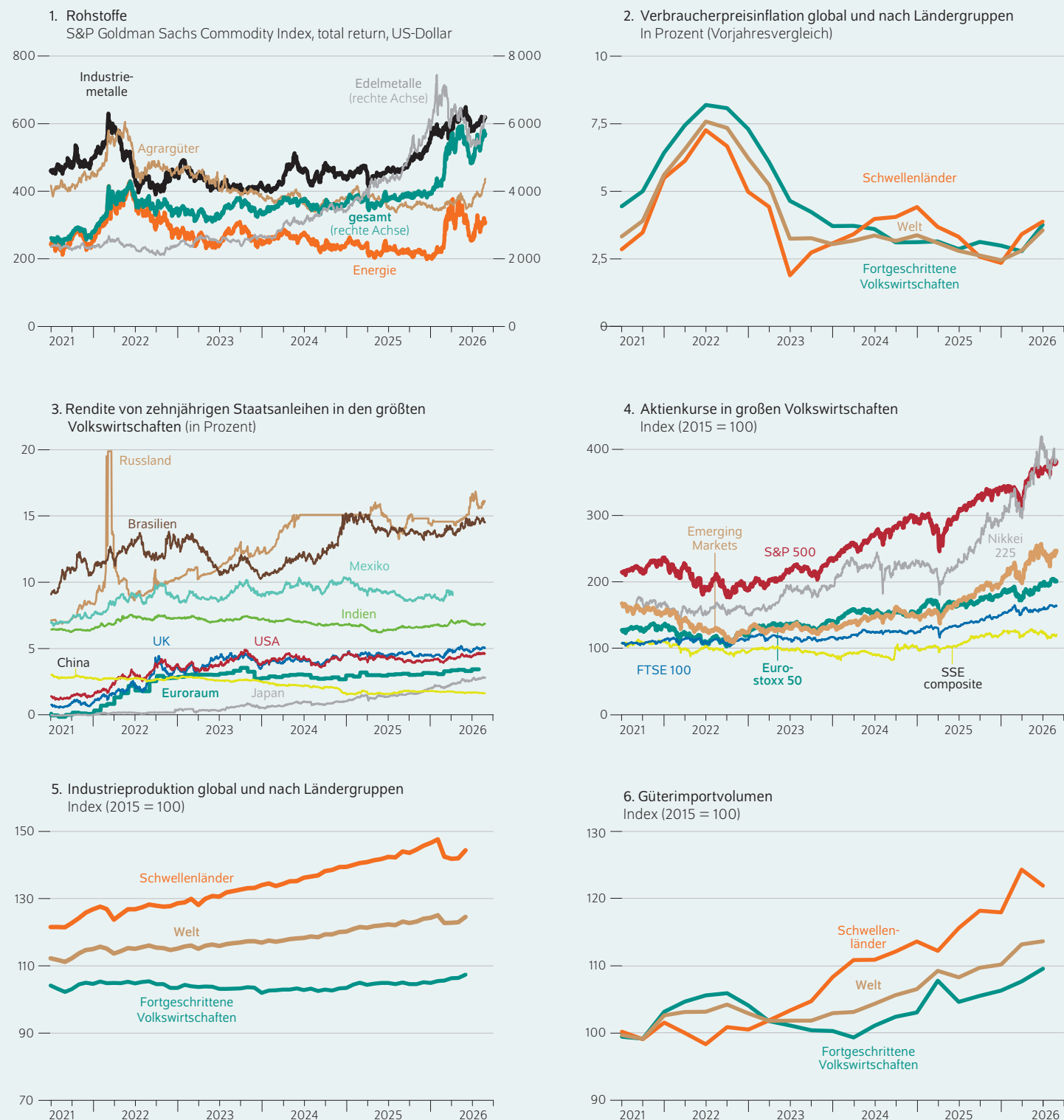
Robustes Wachstum auch dieses Quartal erwartet

Trotz hoher Energiepreise deutet die Frühindikatorik – gestützt vom anhaltenden KI-Investitionsboom – auf ein robustes Wachstum im dritten Quartal hin: Sowohl der globale Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe als auch der für Dienstleistungen liegen mit jeweils gut 52 Punkten über der Expansionsschwelle von 50 Punkten. Zusätzlich stützen vielerorts steigende Verteidigungsausgaben die Auftragseingänge im Investitionsgüterbereich. Insgesamt wird ein weitgehend unverändertes globales Wachstum von 0,8 Prozent erwartet. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte sich die Expansion mit 0,4 Prozent auf dem Niveau der beiden Vorquartale halten und in den Schwellenländern mit 1,1 Prozent auf dem Vorquartalsniveau bleiben. Innerhalb der Industrieländer verschiebt sich das Bild: In den USA dürfte die Konjunktur wieder

⁷ Vgl. International Energy Agency (2026): Oil Market Report – August 2026 (online verfügbar).

Abbildung 6

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld



Anmerkungen: Letzte Beobachtungen: 27. August 2026 (Abbildungsteil 1); 30. Juni 2026 (Abbildungsteil 2); 27. August 2026 (Euroraum: 31. Juli 2026) (Abbildungsteil 3); 27. August 2026 (Abbildungsteil 4); 1. Juni 2026 (Abbildungsteil 5); 30. Juni 2026 (Abbildungsteil 6).

Quellen: S&P Dow Jones Indices; Deutsche Börse; CBOE; EZB; PboC; Federal Reserve; BoE; BOJ; Central Bank of Brazil; Bureau of Labor Statistics; IHS Markit; CPB World Trade Monitor.

auf 0,6 Prozent anziehen, weil die außergewöhnlich starke Importdynamik des zweiten Quartals nachlässt und der Außenhandel damit wieder stützt. Der Euroraum hingegen dürfte im dritten Quartal nur noch stagnieren und auch im Vereinigten Königreich dürfte sich das Wachstum auf 0,3 Prozent verlangsamen. In China dürfte das Wachstum mit 0,9 Prozent stabil bleiben.

Welthandel hält trotz Iran-Krieg Kurs

Der Welthandel zeigt sich weiterhin robust und wuchs im zweiten Quartal um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal (Abbildung 6). Eine sinkende Anzahl an globalen Exportaufträgen sowie durch den Iran-Krieg stark gestiegene Transportkosten dürften den Welthandel belasten. Hier kommen höhere Frachtraten zum Tragen, bedingt durch höhere Ölpreise und Risikoprämien. Überzeichnet wird diese Entwicklung allerdings weiterhin von einem kräftigen innerasiatischen Handel, der unter anderem durch den weltweiten KI-Boom bedingt ist. Im Jahr 2026 dürfte der Welthandel insgesamt noch mit 4,1 Prozent wachsen, bevor er sich im Jahr 2027 auf 1,8 Prozent abschwächen dürfte. Im Jahr 2028 dürfte er sich mit 2,3 Prozent wieder etwas dynamischer entwickeln.

Finanzpolitik bleibt wohl expansiv ausgerichtet

Die Finanzpolitik dürfte über den Prognosehorizont in den meisten großen Volkswirtschaften expansiv ausgerichtet sein. In den USA dürfte das Haushaltsdefizit hoch bleiben: Neben den Steuererleichterungen für Unternehmen und Haushalte aus dem *One Big Beautiful Bill Act* belasten weiterhin Rückzahlungen der als rechtswidrig eingestuft IEEPA-Zölle an Unternehmen den Staatshaushalt. In China bleibt der fiskalpolitische Kurs expansiv, die tatsächlichen Impulse fallen aber gering aus und bleiben hinter den Ankündigungen zurück. Auch Japans Finanzpolitik dürfte insgesamt leicht expansiv ausgerichtet sein. Zwar werden die Energiezuschüsse schrittweise zurückgefahren, ab April 2027 soll allerdings eine befristete Senkung der Verbrauchsteuer auf Lebensmittel von acht auf ein Prozent den Konsum stützen. Für untere und mittlere Einkommen gleicht die Regierung die verbleibende Belastung durch Barzahlungen aus. Das Kabinett hat den Plan im August gebilligt, das Gesetz muss aber noch in einer für den Herbst geplanten außerordentlichen Sitzung des Parlaments verabschiedet werden. Im Euroraum stützt die Finanzpolitik die Konjunktur insgesamt weiterhin leicht, was vor allem durch Deutschland getrieben wird. Hinzu kommen gezielte Investitionsförderpakete in Spanien und Frankreich. Im Vereinigten Königreich hingegen hat der neue Premierminister Andy Burnham wenig Spielraum: Die angespannte Lage der öffentlichen Finanzen und die Fiskalregeln lassen zusätzliche fiskalische Impulse kaum zu.

Arbeitsmarkt verliert an Dynamik

Der Arbeitsmarkt kühlt sich in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften spürbarer ab, als es die noch niedrigen

Arbeitslosenquoten nahelegen. In den USA lag der Beschäftigungsaufbau in den vergangenen zwölf Monaten im Durchschnitt bei nur noch gut 25 000 Personen im Monat, während im Zeitraum 2022 bis 2024 noch rund 235 000 Jobs pro Monat hinzukamen. Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass KI den Arbeitsmarkt im Prognosezeitraum nur moderat beeinflusst. Zum einen konzentrieren sich die KI-Effekte bislang auf einzelne Branchen und Tätigkeiten, in denen ohnehin schon weniger eingestellt wird. Zum anderen wird KI in vielen Sektoren eher als Komplement denn als Substitut zu Arbeitskräften eingesetzt.

Geldpolitik dürfte leicht restriktiv bleiben

Der Energiepreisschock schlägt weiter auf die Verbraucherpreise durch. Während er sich zunächst vor allem in den Benzinpreisen niederschlägt, dürften Mitte 2027 auch leichte Preisanstiege in weiteren Produktgruppen sichtbar werden. Neben den höheren Energiepreisen dürfte der Ausfall von Düngemittellieferungen die Preise ebenfalls erhöhen und sich insbesondere bei den Nahrungsmittelpreisen bemerkbar machen. Rund ein Drittel des weltweit gehandelten Harnstoffs wird über die Straße von Hormuz verschifft, die Weltbank rechnet für 2026 mit einem Anstieg des Harnstoffpreises um rund 60 Prozent.⁸ Für die kommenden Quartale kommt ein weiterer Belastungsfaktor hinzu: Es baut sich ein El-Niño auf, der einer der stärksten der vergangenen Jahrzehnte sein dürfte und die Ernten wichtiger Grundnahrungsmittel wie Reis in Südostasien beeinträchtigen dürfte. Das belastet neben den Energiekosten vor allem einkommensschwächere Haushalte in den Schwellenländern, für die Nahrungsmittel einen überdurchschnittlich hohen Anteil der Konsumausgaben ausmachen. Im Euroraum wird Anfang 2028 zudem das ETS2 – eine Erweiterung des EU-Emissionshandels – eingeführt, was inflationäre Effekte haben dürfte. Weltweit dürfte die Inflationsrate nach 3,0 Prozent im Jahr 2025 im Jahresdurchschnitt 2026 auf 3,5 Prozent steigen und 2027 auf 2,7 Prozent zurückgehen. Im Jahr 2028 dürfte sie 2,6 Prozent betragen.

Vor diesem Hintergrund dürfte die Geldpolitik im Prognosezeitraum leicht restriktiv ausgerichtet bleiben. Es wird angenommen, dass die Europäische Zentralbank (EZB) in der nächsten Ratssitzung einen weiteren Zinsschritt nach oben um 25 Basispunkte auf einen Einlagesatz von 2,5 Prozent vornehmen wird. Eine erste Zinssenkung wird erst für das erste Quartal 2028 unterstellt. In den USA dürfte die Notenbank Federal Reserve unter ihrem Vorsitzenden Kevin Warsh im September einen Zinsschritt um 25 Basispunkte nach oben vornehmen und danach abwarten. Die Bank of England hat ihren Senkungszyklus beendet und dürfte den Leitzins konstant halten. Die japanische Notenbank hat den Leitzins zuletzt auf 1,0 Prozent angehoben, den höchsten Stand seit über 30 Jahren. Der Yen war zuvor auf ein 40-Jahres-Tief gefallen. Anfang August haben Japan und die USA erstmals

⁸ Vgl. World Bank (2026): Fertilizer Prices Surge as Strait of Hormuz Disruptions Tighten Supplies. World Bank Data Blog (online verfügbar).

Tabelle 6

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028
Europa												
Europäische Union	1,5	1,2	1,5	1,6	2,5	3,0	2,7	2,7	6,0	6,0	6,1	6,0
Euroraum	1,3	0,9	1,2	1,2	2,1	2,8	2,2	2,3	6,4	6,4	6,3	6,2
... ohne Deutschland	1,9	0,8	1,3	1,2	2,0	2,8	2,8	2,1	7,4	7,4	7,3	7,1
Frankreich	0,9	0,5	0,7	0,9	0,9	2,3	2,3	1,2	7,7	8,2	8,0	7,7
Italien	0,7	0,9	0,6	0,5	1,6	2,8	2,6	1,8	6,0	5,7	6,0	6,2
Spanien	2,8	2,7	2,0	1,9	2,7	3,4	3,0	2,1	10,5	10,2	9,8	9,5
Niederlande	1,6	1,4	1,0	1,2	3,0	2,7	2,5	2,1	3,9	3,8	3,6	3,6
Vereinigtes Königreich	1,3	1,2	1,4	1,7	3,4	3,2	2,7	2,0	4,9	5,0	4,8	4,8
Schweiz	1,4	1,2	1,6	1,5	0,2	0,7	0,7	0,8	4,3	4,7	4,6	4,4
Mittel- und Südosteuropa	2,5	2,4	2,7	2,7	4,3	4,2	4,3	3,8	4,0	4,0	4,0	3,9
Türkei	3,6	3,4	4,1	4,6	34,9	30,3	24,9	15,1	8,4	8,4	8,3	8,0
Russland ¹	1,1	0,4	1,5	1,8	8,7	6,9	5,3	4,3	2,2	2,3	2,5	2,4
Amerika												
USA	2,1	2,1	1,9	2,2	2,7	3,2	1,9	1,8	4,3	4,2	4,5	4,7
Mexiko	0,8	1,5	2,3	2,0	3,8	3,5	3,0	3,0	2,6	2,9	2,8	3,0
Brasilien	2,6	2,2	2,1	2,1	5,0	5,2	4,8	3,2	6,0	5,9	6,2	6,5
Asien												
Japan	1,2	0,7	0,7	0,8	3,2	2,2	2,3	1,8	2,5	2,5	2,5	2,5
Südkorea	1,1	3,2	1,8	2,0	2,1	2,9	2,2	2,8	2,8	2,9	2,9	2,9
China	5,0	4,4	4,3	4,3	-0,2	1,1	0,7	1,2	5,2	5,2	5,1	5,1
Indien	7,3	6,9	6,5	6,4	2,2	4,6	4,1	4,0	7,2	6,8	6,4	6,2
Total												
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	1,7	1,6	1,6	1,8	3,0	3,2	2,2	2,1	4,6	4,6	4,7	4,7
Schwellenländer	5,1	4,7	4,7	4,8	3,0	3,8	3,2	3,0	5,7	5,6	5,4	5,4
Welt	3,5	3,2	3,2	3,4	3,0	3,5	2,7	2,6	5,4	5,4	5,3	5,3
Nachrichtlich:												
Exportgewicht ²	2,2	2,1	2,0	2,2								
BIP in USD gewichtet ³	2,9	2,7	2,7	2,9								

1 Die für Russland prognostizierten Daten sind mit großen Unsicherheiten behaftet. Russland hat nur geringes Gewicht in der Gesamtprognose.

2 Gewichtung der Welt mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr im Jahr 2024.

3 Gewichtung der Welt mit dem Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar von 2024 bis 2027.

Anmerkungen: Die schwarzen Zahlen sind abgerechnete Zahlen. Die Werte der Ländergruppen sind ein gewichteter Durchschnitt, wobei für die Gewichtung des Bruttoinlandsprodukts und der Verbraucherpreise das jeweilige Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten aus dem IMF World Economic Outlook für die Jahre 2024 bis 2027 verwendet wird. Für die Gewichtung der Arbeitslosenquoten in den Ländergruppen wird die Erwerbsbevölkerung (15 bis 64 Jahre) des jeweiligen Landes für das Jahr 2023 verwendet. Zu den mittel- und südosteuropäischen Staaten zählen Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn.

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

© DIW Berlin 2026

seit 2011 gemeinsam am Devisenmarkt interveniert, seither notiert der Yen bei rund 155 je US-Dollar.

Globale Wirtschaft wächst 2026 und 2027 um gut drei Prozent

Die Weltwirtschaft dürfte im Prognosezeitraum bis Ende 2028 weiterhin moderat expandieren. Während vielerorts steigende Militärausgaben, eine leicht expansive Finanzpolitik und der KI-Boom die Nachfrage stützen, belasten die hohen Energiepreise die konjunkturelle Dynamik. In den USA bleibt die Konjunktur maßgeblich vom anhaltenden KI-Investitionsboom getragen, insbesondere über Investitionen in Ausrüstungen und geistiges Eigentum. Beim privaten

Konsum kosten die höheren Energiepreise Kaufkraft. Zudem stützen die Steuererleichterungen aus dem *One Big Beautiful Bill Act* zwar weiterhin das verfügbare Einkommen, liefern jedoch keinen zusätzlichen Wachstumsimpuls mehr. Gleichzeitig lassen rückläufige Reallöhne und eine bereits niedrige Sparquote kaum Puffer für den Konsum; getragen wird er zunehmend von einkommensstarken Haushalten. Insgesamt dürfte die US-Wirtschaft in diesem Jahr um 2,1 Prozent, 2027 um 1,9 Prozent und 2028 um 2,2 Prozent wachsen. Die Arbeitslosenquote dürfte von 4,2 Prozent im Jahr 2026 auf 4,7 Prozent im Jahr 2028 steigen. Im Euroraum wird das Wachstum zunehmend von der Binnennachfrage getragen, während der Außenhandel kaum Impulse liefert: Schwache preisliche Wettbewerbsfähigkeit, die US-Zölle und der

starke Euro belasten die Exporte. Stützend wirkt die expansive Finanzpolitik, getragen von öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und Verteidigung. Der stabile Arbeitsmarkt trägt zusätzlich den Konsum, wenngleich die Kaufkraft der Haushalte durch erhöhte Transport- und Heizkosten leicht eingeschränkt sein dürfte. Insgesamt wird die Wirtschaft im Euroraum in diesem Jahr wohl um 0,9 Prozent wachsen. In den Jahren 2027 und 2028 ist mit einem Wachstum von jeweils 1,2 Prozent eine Beschleunigung zu erwarten. Dies stellt eine Revision gegenüber der Sommerprognose um plus 0,6 beziehungsweise 0,3 Prozentpunkte dar, was vor allem an der überraschend starken Dynamik Deutschlands liegt. Die Arbeitslosenquote dürfte von 6,4 Prozent im Jahr 2026 auf 6,2 Prozent im Jahr 2028 zurückgehen.

In China bleibt die Binnenkonjunktur wohl gedämpft: Die schwelende Immobilienkrise sowie die hohe Verschuldung von Haushalten und Lokalregierungen belasten Investitionen und privaten Konsum. Getragen wird das Wachstum stattdessen von den Exporten, vor allem im Bereich Technologiegüter. Die chinesische Wirtschaft wird in diesem Jahr wohl um 4,4 Prozent und in den beiden Folgejahren um jeweils rund 4,3 Prozent zulegen und damit etwas unter dem von der Regierung angepeilten Zielkorridor von 4,5 bis 5,0 Prozent bleiben.

Insgesamt dürfte die Weltwirtschaft in diesem und im nächsten Jahr um 3,2 Prozent wachsen. Für 2028 wird ein Zuwachs von 3,4 Prozent erwartet (Tabelle 6). Für die fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird für 2026 und 2027 ein Plus von 1,6 Prozent und für 2028 von 1,8 Prozent prognostiziert, für die Schwellenländer von jeweils rund 4,7 Prozent. Gegenüber der Sommerprognose fällt die Prognose für die Weltwirtschaft damit für 2026 etwas höher aus (plus 0,1 Prozentpunkte), für 2027 leicht niedriger (minus 0,1 Prozentpunkte).

Geraldine Dany-Knedlik ist Leiterin des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Nina Maria Brehl ist Expertin für den Euroraum und die Verbraucherpreise in Deutschland und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | nbrehl@diw.de

Angelina Hackmann ist Expertin für den deutschen Arbeitsmarkt und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | ahackmann@diw.de

Pia Hüttel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | phuettl@diw.de

Konstantin A. Kholodilin ist Experte für die Potenzialschätzung und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Laura Pagenhardt ist Expertin für Investitionen und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

Eskalation des Iran-Kriegs und schwächere KI-Investitionen sind die größten Risiken

Der Ausblick bleibt mit erheblichen Risiken behaftet. Das wesentliche Abwärtsrisiko geht weiterhin von einer Eskalation des Iran-Kriegs aus. Eine andauernde Blockade der Straße von Hormus und weitere Angriffe auf Raffineriekapazitäten würden die Energiepreise stärker und dauerhafter erhöhen als unterstellt. Szenarien von bis zu 120 US-Dollar je Barrel sind nicht auszuschließen. In diesem Fall würden die negativen Energiebeiträge zur Inflation im Jahr 2027 ausbleiben und die Inflationsrate nicht weiter wie unterstellt zurückgehen. Eine anhaltende Blockade würde zugleich den Ausfall von Düngemittellieferungen über die Straße von Hormus verlängern. Das würde die Nahrungsmittelpreise – zusätzlich zu dem bereits in der Prognose unterstellten kräftigen El-Niño-Effekt – weiter antreiben. Das Ölpreisisiko würde sich weiter erhöhen, wenn China seine Rohölimporte wieder ausweitet, etwa weil die Reserven zur Neige gehen. Dann würde ein zusätzlicher Nachfrageimpuls auf ein weiterhin gedrosseltes Angebot treffen.

Ein zweites Risiko liegt im KI-Boom selbst. Da er in dieser Prognose die Konjunktur stützt, wäre eine Korrektur folgenreich: Ein Einbruch der KI-bezogenen Investitionen würde nicht nur die USA, sondern über die Halbleiterlieferketten unmittelbar auch Südostasien treffen.

Ein drittes Risiko betrifft den Arbeitsmarkt. Die Prognose unterstellt, dass KI überwiegend komplementär zu Arbeitskräften eingesetzt wird. Sollte sich KI in der Breite stärker als Substitut denn als Komplement erweisen, dürfte die Arbeitslosigkeit im Prognosezeitraum stärker steigen als hier erwartet. Das würde die Lohndynamik dämpfen und über einen schwächeren privaten Konsum die gesamtwirtschaftliche Entwicklung belasten.

Jan-Christopher Scherer ist Koordinator der Prognose für die deutsche Wirtschaft und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | jscherer@diw.de

Teresa Schildmann ist Expertin für die deutsche Finanzpolitik und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | tschildmann@diw.de

Hannah Magdalena Seidl ist Koordinatorin der Prognose für die Weltwirtschaft und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | hseidl@diw.de

Ruben Staffa ist Experte für die USA und den deutschen Außenhandel und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | rstaffa@diw.de

Kristin Trautmann ist Expertin für das Vereinigte Königreich und die europäische Geldpolitik und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | kttrautmann@diw.de

Jana Wittich ist Expertin für den deutschen Außenhandel und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | jwittich@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

© ⓘ Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 36–38/2026:

www.diw.de/diw_weekly



HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2026

Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	4 285,7	2 913,4	521,7	850,7	–
4	– Abschreibungen	959,2	520,5	133,0	305,7	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	3 326,6	2 392,9	388,7	545,0	–117,9
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 555,2	1 904,1	396,9	254,2	22,1
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	43,9	32,7	0,4	10,8	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	64,1	61,5	0,2	2,4	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeeinkommen	791,5	517,5	–8,4	282,5	–140,0
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 561,9	–	–	2 561,9	15,2
11	– Geleistete Subventionen	59,8	–	59,8	–	4,3
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	471,2	–	471,2	–	5,9
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	1 107,6	1 005,0	54,8	47,8	392,8
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 273,6	717,6	29,4	526,5	227,2
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 930,8	230,1	377,6	3 323,1	–288,8
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	573,1	125,7	–	447,4	14,3
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	586,7	–	586,7	–	0,8
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	1 036,2	–	–	1 036,2	4,1
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	1 034,7	173,6	860,2	0,9	5,5
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	883,4	100,1	782,4	0,9	0,6
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	873,8	–	–	873,8	10,1
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	525,9	301,5	104,7	119,7	106,0
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	457,6	273,2	32,0	152,4	174,3
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 865,1	149,6	969,4	2 746,1	–223,1
25	– Konsumausgaben	3 593,8	–	1 069,5	2 524,3	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,9	–	61,9	–
27	= Sparen	271,3	87,7	–100,1	283,6	–223,1
28	– Geleistete Vermögenstransfers	119,5	11,7	89,5	18,3	8,3
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	98,3	60,1	22,9	15,3	29,6
30	– Bruttoinvestitionen	1 007,4	558,9	159,5	288,9	–
31	+ Abschreibungen	959,2	520,5	133,0	305,7	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	19,8	20,1	–0,7	0,4	–19,8
33	= Finanzierungssaldo	182,0	77,5	–192,5	297,0	–182,0
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 865,1	149,6	969,4	2 746,1	–223,1
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	671,3	–	671,3	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	671,3	–	–	671,3	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 865,1	149,6	298,2	3 417,4	–223,1
38	– Konsum ³	3 593,8	–	398,2	3 195,6	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,9	–	61,9	–
40	= Sparen	271,3	87,7	–100,1	283,6	–223,1

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

© CC BY 4.0

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2027
Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	4 463,4	3 035,8	541,3	886,4	–
4	– Abschreibungen	1 002,4	544,2	138,6	319,6	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	3 461,0	2 491,6	402,6	566,8	–125,7
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 640,6	1 958,3	411,3	271,0	22,7
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	45,9	34,4	0,4	11,1	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	65,3	61,7	0,2	3,4	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen	839,8	560,6	–8,9	288,1	–148,5
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 647,3	–	–	2 647,3	15,6
11	– Geleistete Subventionen	63,3	–	63,3	–	4,3
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	486,1	–	486,1	–	6,0
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	1 132,7	1 024,9	59,2	48,6	409,4
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 306,9	734,1	30,0	542,8	237,4
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	4 084,0	2 69,8	384,7	3 429,5	–303,3
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	594,4	128,8	–	465,7	14,9
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	608,5	–	608,5	–	0,9
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	1 080,3	–	–	1 080,3	4,2
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	1 078,9	178,0	900,0	0,9	5,6
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	917,1	103,7	812,5	0,9	0,6
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	907,2	–	–	907,2	10,5
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	541,3	313,0	106,8	121,5	112,5
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	475,6	284,6	32,5	158,5	178,2
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	4 021,1	186,9	1 006,5	2 827,7	–240,4
25	– Konsumausgaben	3 721,1	–	1 120,6	2 600,5	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,1	–	62,1	–
27	= Sparen	300,0	124,8	–114,1	289,3	–240,4
28	– Geleistete Vermögenstransfers	125,8	12,4	94,5	18,9	7,6
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	103,7	65,8	21,9	16,1	29,7
30	– Bruttoinvestitionen	1 062,0	580,9	177,2	303,9	–
31	+ Abschreibungen	1 002,4	544,2	138,6	319,6	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	20,6	20,9	–0,7	0,4	–20,6
33	= Finanzierungssaldo	197,7	120,6	–224,6	301,8	–197,7
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	4 021,1	186,9	1 006,5	2 827,7	–240,4
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	704,7	–	704,7	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	704,7	–	–	704,7	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	4 021,1	186,9	301,8	3 532,4	–240,4
38	– Konsum ³	3 721,1	–	415,9	3 305,2	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,1	–	62,1	–
40	= Sparen	300,0	124,8	–114,1	289,3	–240,4

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

© CC BY 4.0

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2028
Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	4 599,5	3 127,4	559,0	913,2	–
4	– Abschreibungen	1 041,7	565,7	143,9	332,2	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	3 557,8	2 561,7	415,1	580,9	–115,7
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 738,9	2 036,9	424,3	277,7	23,2
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	46,1	34,4	0,4	11,3	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	65,3	62,9	0,2	2,2	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	838,0	553,3	–9,4	294,1	–138,9
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 745,5	–	–	2 745,5	16,0
11	– Geleistete Subventionen	62,2	–	62,2	–	4,3
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	501,2	–	501,2	–	6,0
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	1 157,7	1 044,6	63,7	49,4	406,2
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	1 335,8	751,8	30,5	553,5	228,8
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	4 200,7	260,5	396,5	3 543,8	–298,7
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	617,1	132,2	–	484,9	15,6
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	631,7	–	631,7	–	0,9
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	1 136,3	–	–	1 136,3	4,3
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	1 134,9	182,4	951,6	0,9	5,8
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	950,9	107,3	842,7	0,9	0,7
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	940,7	–	–	940,7	10,8
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	559,2	325,0	109,6	124,6	117,5
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	494,2	296,4	32,9	164,8	182,6
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	4 138,7	174,8	1 060,3	2 903,5	–236,6
25	– Konsumausgaben	3 828,5	–	1 165,2	2 663,3	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,3	–	62,3	–
27	= Sparen	310,1	112,5	–104,9	302,5	–236,6
28	– Geleistete Vermögenstransfers	129,4	14,1	95,4	19,8	6,8
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	106,7	66,6	23,1	17,0	29,5
30	– Bruttoinvestitionen	1 115,2	612,7	186,4	316,0	–
31	+ Abschreibungen	1 041,7	565,7	143,9	332,2	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	21,3	21,5	–0,7	0,4	–21,3
33	= Finanzierungssaldo	192,7	96,4	–219,0	315,4	–192,7
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	4 138,7	174,8	1 060,3	2 903,5	–236,6
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	739,4	–	739,4	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	739,4	–	–	739,4	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	4 138,7	174,8	320,9	3 642,9	–236,6
38	– Konsum ³	3 828,5	–	425,8	3 402,8	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,3	–	62,3	–
40	= Sparen	310,1	112,5	–104,9	302,5	–236,6

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, also einschließlich sozialer Sachleistungen).

© CC BY 4.0

VGR-TABELLEN

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2028

	2026	2027	2028	2026		2027		2028	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	-0,4	0,0	0,3	-0,4	-0,4	-0,2	0,2	0,4	0,2
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,5	0,4	-0,3	0,1	0,9	0,4	0,4	0,5	-1,1
Arbeitstage	1,0	0,5	-1,0	0,0	1,9	0,8	0,2	0,8	-2,6
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,1	0,4	0,0	-0,3	0,5	0,3	0,6	0,8	-0,8
Produktivität¹	1,1	0,6	0,8	1,3	1,0	0,7	0,4	0,5	1,1
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,2	1,0	0,7	0,9	1,5	1,0	1,0	1,2	0,3
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	3 593,8	3 721,1	3 828,5	1 748,6	1 845,3	1 812,7	1 908,4	1 872,4	1 956,1
Private Haushalte²	2 524,3	2 600,5	2 663,3	1 228,7	1 295,7	1 266,2	1 334,4	1 303,6	1 359,7
Staat	1 069,5	1 120,6	1 165,2	519,9	549,6	546,5	574,0	568,8	596,4
Anlageinvestitionen	951,4	1 004,9	1 054,2	453,1	498,2	481,4	523,5	507,9	546,3
Ausrüstungen	280,3	295,2	308,9	130,9	149,4	138,6	156,6	146,4	162,6
Bauten	483,8	511,4	534,2	233,1	250,7	248,6	262,9	261,4	272,8
Sonstige Anlageinvestitionen	187,3	198,3	211,1	89,2	98,1	94,3	104,0	100,1	111,0
Vorratsveränderung³	56,0	57,1	61,0	38,0	18,0	38,9	18,2	41,6	19,3
Inländische Verwendung	4 601,2	4 783,1	4 943,8	2 239,7	2 361,5	2 333,0	2 450,1	2 422,0	2 521,8
Außenbeitrag	117,9	125,7	115,7	66,6	51,4	72,8	52,9	73,7	42,0
Exporte	1 949,8	2 021,9	2 059,9	955,2	994,6	1 000,9	1 021,0	1 029,8	1 030,1
Importe	1 831,9	1 896,2	1 944,3	888,6	943,3	928,1	968,1	956,1	988,1
Bruttoinlandsprodukt	4 719,1	4 908,8	5 059,5	2 306,3	2 412,8	2 405,8	2 503,0	2 495,7	2 563,8
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	3,8	3,5	2,9	3,8	3,8	3,7	3,4	3,3	2,5
Private Haushalte²	3,1	3,0	2,4	2,9	3,2	3,1	3,0	3,0	1,9
Staat	5,6	4,8	4,0	6,0	5,2	5,1	4,4	4,1	3,9
Anlageinvestitionen	4,0	5,6	4,9	2,7	5,2	6,2	5,1	5,5	4,4
Ausrüstungen	3,5	5,3	4,7	2,8	4,2	5,9	4,8	5,6	3,8
Bauten	3,8	5,7	4,5	1,9	5,6	6,7	4,8	5,2	3,8
Sonstige Anlageinvestitionen	5,0	5,9	6,5	4,5	5,5	5,7	6,1	6,2	6,6
Inländische Verwendung	3,9	4,0	3,4	3,7	4,1	4,2	3,8	3,8	2,9
Exporte	7,4	3,7	1,9	4,8	10,0	4,8	2,7	2,9	0,9
Importe	6,8	3,5	2,5	4,8	8,7	4,4	2,6	3,0	2,1
Bruttoinlandsprodukt	4,2	4,0	3,1	3,7	4,7	4,3	3,7	3,7	2,4
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 848,8	2 875,9	2 898,2	1 401,9	1 446,9	1 414,2	1 461,7	1 429,4	1 468,8
Private Haushalte²	1 993,6	2 002,9	2 011,5	978,2	1 015,3	981,7	1 021,2	990,1	1 021,4
Staat	855,8	873,7	887,5	424,0	431,9	432,9	440,8	439,8	447,7
Anlageinvestitionen	712,2	727,7	740,8	341,8	370,4	349,9	377,8	358,9	381,8
Ausrüstungen	229,7	235,7	239,4	107,5	122,2	110,8	124,9	113,9	125,5
Bauten	321,9	326,7	330,9	157,1	164,8	159,6	167,1	163,0	167,9
Sonstige Anlageinvestitionen	166,4	171,9	177,7	79,5	86,9	82,0	89,9	84,7	92,9
Inländische Verwendung	3 600,4	3 642,3	3 679,0	1 770,8	1 829,7	1 791,2	1 851,1	1 816,0	1 863,0
Exporte	1 546,4	1 574,1	1 592,7	765,3	781,1	780,1	794,1	797,7	795,0
Importe	1 445,0	1 476,9	1 504,5	707,2	737,8	723,4	753,5	742,8	761,6
Bruttoinlandsprodukt	3 698,8	3 736,4	3 764,3	1 827,2	1 871,6	1 846,2	1 890,2	1 869,2	1 895,1
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	1,1	1,0	0,8	1,2	1,0	0,9	1,0	1,1	0,5
Private Haushalte²	0,3	0,5	0,4	0,3	0,3	0,4	0,6	0,9	0,0
Staat	2,9	2,1	1,6	3,4	2,5	2,1	2,1	1,6	1,6
Anlageinvestitionen	0,3	2,2	1,8	-0,5	0,9	2,4	2,0	2,6	1,1
Ausrüstungen	1,3	2,6	1,6	0,8	1,7	3,1	2,2	2,7	0,5
Bauten	-1,2	1,5	1,3	-2,2	-0,2	1,6	1,4	2,2	0,5
Sonstige Anlageinvestitionen	2,3	3,3	3,4	2,0	2,6	3,2	3,4	3,3	3,4
Inländische Verwendung	0,9	1,2	1,0	0,9	0,9	1,2	1,2	1,4	0,6
Exporte	3,5	1,8	1,2	2,1	5,0	1,9	1,7	2,3	0,1
Importe	2,8	2,2	1,9	2,1	3,4	2,3	2,1	2,7	1,1
Bruttoinlandsprodukt	1,2	1,0	0,7	0,9	1,5	1,0	1,0	1,2	0,3

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2028

	2026	2027	2028	2026		2027		2028	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020 = 100)									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	2,7	2,5	2,0	2,6	2,9	2,7	2,4	2,1	1,9
Konsumausgaben des Staates	2,6	2,6	2,4	2,5	2,6	3,0	2,3	2,4	2,3
Anlageinvestitionen	3,7	3,4	3,1	3,2	4,2	3,8	3,0	2,9	3,2
Ausrüstungen	2,2	2,6	3,0	2,0	2,5	2,7	2,6	2,8	3,3
Bauten	5,0	4,2	3,1	4,2	5,8	5,0	3,4	3,0	3,2
Sonstige Anlagen	2,6	2,5	3,0	2,4	2,8	2,4	2,6	2,8	3,2
Inländische Verwendung	3,0	2,8	2,3	2,8	3,2	3,0	2,6	2,4	2,3
Exporte	3,7	1,9	0,7	2,6	4,8	2,8	1,0	0,6	0,8
Importe	3,9	1,3	0,7	2,7	5,1	2,1	0,5	0,3	1,0
Bruttoinlandsprodukt	2,9	3,0	2,3	2,7	3,1	3,2	2,7	2,5	2,2
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3 323,1	3 429,5	3 543,8	1 619,1	1 704,0	1 667,9	1 761,7	1 731,6	1 812,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	455,9	474,3	497,9	220,6	235,3	229,6	244,7	241,3	256,6
Bruttolöhne und -gehälter	2 106,0	2 172,9	2 247,6	1 009,2	1 096,8	1 040,5	1 132,5	1 076,9	1 170,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	761,2	782,2	798,3	389,3	371,9	397,8	384,5	413,4	384,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	607,7	654,5	656,9	282,2	325,5	313,0	341,4	322,4	334,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 930,8	4 084,0	4 200,7	1 901,4	2 029,5	1 980,9	2 103,1	2 054,0	2 146,7
Abschreibungen	959,2	1 002,4	1 041,7	475,1	484,1	497,9	504,5	517,6	524,1
Bruttonationaleinkommen	4 890,0	5 086,4	5 242,5	2 376,4	2 513,6	2 478,8	2 607,6	2 571,7	2 670,8
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3 519,4	3 661,2	3 761,7	1 692,7	1 826,7	1 766,7	1 894,6	1 831,4	1 930,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	957,5	1 014,0	1 016,2	462,9	494,6	496,6	517,4	513,2	502,9
Arbeitnehmerentgelt	2 561,9	2 647,3	2 745,5	1 229,8	1 332,1	1 270,1	1 377,2	1 318,2	1 427,3
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,1	3,2	3,3	2,9	3,3	3,0	3,4	3,8	2,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,6	4,1	5,0	3,6	3,6	4,1	4,0	5,1	4,8
Bruttolöhne und -gehälter	3,6	3,2	3,4	3,9	3,4	3,1	3,2	3,5	3,4
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4,0	3,1	3,1	4,3	3,7	3,2	3,0	3,0	3,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,2	2,8	2,0	−0,2	2,8	2,2	3,4	3,9	0,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	10,8	7,7	0,4	8,9	12,5	10,9	4,9	3,0	−2,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	4,2	3,9	2,9	3,7	4,6	4,2	3,6	3,7	2,1
Abschreibungen	4,4	4,5	3,9	4,0	4,9	4,8	4,2	4,0	3,9
Bruttonationaleinkommen	4,2	4,0	3,1	3,8	4,7	4,3	3,7	3,7	2,4
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	4,5	4,0	2,7	4,0	4,9	4,4	3,7	3,7	1,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	6,8	5,9	0,2	4,5	9,1	7,3	4,6	3,4	−2,8
Arbeitnehmerentgelt	3,6	3,3	3,7	3,9	3,4	3,3	3,4	3,8	3,6
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	2 126,0	2 188,9	2 253,5	1 027,2	1 098,7	1 057,5	1 131,3	1 089,8	1 163,7
Nettolöhne und -gehälter	1 451,2	1 487,9	1 524,7	690,8	760,3	707,8	780,2	725,8	798,8
Monetäre Sozialleistungen	873,8	907,2	940,7	434,7	439,1	452,3	454,9	469,1	471,6
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	199,0	206,3	211,8	98,3	100,7	102,5	103,8	105,1	106,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	761,2	782,2	798,3	389,3	371,9	397,8	384,5	413,4	384,9
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	−141,1	−143,4	−148,3	−66,4	−74,7	−65,3	−78,1	−67,6	−80,8
Verfügbares Einkommen	2 746,1	2 827,7	2 903,5	1 350,2	1 395,9	1 390,0	1 437,7	1 435,7	1 467,8
Nachrichtlich:									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	61,9	62,1	62,3	29,9	32,0	30,0	32,1	30,1	32,2
Konsumausgaben	2 524,3	2 600,5	2 663,3	1 228,7	1 295,7	1 266,2	1 334,4	1 303,6	1 359,7
Sparen	283,6	289,3	302,5	151,4	132,2	153,8	135,4	162,2	140,3
Sparquote in Prozent ⁷	10,1	10,0	10,2	11,0	9,3	10,8	9,2	11,1	9,4
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	3,8	3,0	3,0	4,2	3,3	2,9	3,0	3,1	2,9
Nettolöhne und -gehälter	3,4	2,5	2,5	4,0	2,9	2,4	2,6	2,6	2,4
Monetäre Sozialleistungen	4,6	3,8	3,7	5,0	4,3	4,0	3,6	3,7	3,7
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	5,2	3,6	2,7	6,3	4,3	4,2	3,1	2,5	2,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,2	2,8	2,0	−0,2	2,8	2,2	3,4	3,9	0,1
Verfügbares Einkommen	3,1	3,0	2,7	3,0	3,2	2,9	3,0	3,3	2,1
Konsumausgaben	3,1	3,0	2,4	2,9	3,2	3,1	3,0	3,0	1,9
Sparen	3,0	2,0	4,5	3,4	2,5	1,6	2,4	5,4	3,6

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2028

	2026	2027	2028	2026		2027		2028	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	1057,9	1094,6	1132,9	522,0	535,9	539,7	554,9	558,7	574,2
direkte Steuern	586,7	608,5	631,7	287,6	299,0	297,8	310,7	309,0	322,8
indirekte Steuern	471,2	486,1	501,2	234,4	236,8	241,9	244,2	249,7	251,5
Nettosozialbeiträge	860,2	900,0	951,6	416,9	443,3	436,6	463,4	462,2	489,4
Vermögenseinkommen	29,4	30,0	30,5	14,6	14,9	14,8	15,1	15,1	15,4
Laufende Übertragungen	32,0	32,5	32,9	14,5	17,6	14,8	17,7	15,0	17,9
Vermögenstransfers	22,9	21,9	23,1	9,9	13,0	9,9	12,0	10,5	12,6
Verkäufe	203,8	210,6	218,0	95,3	108,5	98,5	112,2	102,1	116,0
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	2206,4	2289,8	2389,2	1073,2	1133,2	1114,4	1175,4	1163,5	1225,7
Ausgaben									
Vorleistungen	302,1	315,2	326,9	138,8	163,3	145,0	170,2	151,0	175,9
Arbeitnehmerentgelte	396,9	411,3	424,3	191,2	205,7	199,5	211,8	206,1	218,2
Soziale Sachleistungen	449,5	474,8	497,3	222,5	227,0	235,1	239,7	245,8	251,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	54,8	59,2	63,7	27,3	27,6	29,7	29,5	31,9	31,8
Subventionen	59,8	63,3	62,2	25,8	34,0	27,7	35,7	27,1	35,1
Monetäre Sozialleistungen	782,4	812,5	842,7	389,0	393,3	404,9	407,6	420,1	422,6
Sonstige laufende Transfers	104,7	106,8	109,6	50,5	54,2	51,6	55,2	52,8	56,9
Bruttoinvestitionen	159,5	177,2	186,4	66,7	92,7	75,5	101,7	79,4	107,1
Vermögenstransfers	89,5	94,5	95,4	33,0	56,5	34,9	59,6	34,7	60,8
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	−0,7	−0,7	−0,7	−0,4	−0,3	−0,4	−0,3	−0,4	−0,3
Sonstige Produktionsabgaben	0,4	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Insgesamt	2398,8	2514,5	2608,3	1144,5	1254,3	1203,6	1310,9	1248,7	1359,6
Finanzierungssaldo	−192,5	−224,6	−219,0	−71,3	−121,1	−89,2	−135,4	−85,1	−133,9
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	2,6	3,5	3,5	1,9	3,2	3,4	3,6	3,5	3,5
direkte Steuern	2,6	3,7	3,8	1,8	3,5	3,5	3,9	3,8	3,9
indirekte Steuern	2,5	3,2	3,1	2,1	2,8	3,2	3,1	3,2	3,0
Nettosozialbeiträge	4,5	4,6	5,7	4,6	4,4	4,7	4,5	5,9	5,6
Vermögenseinkommen	−1,7	1,8	1,9	−5,1	1,8	1,9	1,8	1,9	1,8
Laufende Übertragungen	3,5	1,6	1,1	5,0	2,3	2,3	1,0	1,2	1,0
Vermögenstransfers	−9,3	−4,4	5,6	−20,1	1,0	0,3	−8,0	5,9	5,3
Verkäufe	3,4	3,4	3,5	3,9	3,1	3,3	3,4	3,6	3,4
Sonstige Subventionen	−17,4	0,1	0,0	−35,7	−0,1	0,2	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,2	3,8	4,3	2,8	3,6	3,8	3,7	4,4	4,3
Ausgaben									
Vorleistungen	4,7	4,3	3,7	5,4	4,1	4,5	4,2	4,2	3,4
Arbeitnehmerentgelte	3,4	3,6	3,2	3,1	3,7	4,3	3,0	3,3	3,0
Soziale Sachleistungen	7,4	5,6	4,7	8,2	6,6	5,6	5,6	4,6	4,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	11,8	8,0	7,6	11,6	12,0	9,1	6,9	7,4	7,9
Subventionen	7,3	5,9	−1,9	10,1	5,3	7,5	4,8	−2,2	−1,7
Monetäre Sozialleistungen	4,7	3,8	3,7	5,2	4,3	4,1	3,6	3,8	3,7
Sonstige laufende Transfers ⁹	9,5	2,0	2,6	9,8	9,2	2,2	1,8	2,2	3,0
Bruttoinvestitionen	2,2	11,1	5,2	2,9	1,6	13,1	9,7	5,1	5,3
Vermögenstransfers ⁹	11,3	5,6	1,0	19,2	7,2	5,7	5,6	−0,6	1,9
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	13,5	−1,2	0,0	45,5	−10,6	−2,0	−0,1	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	−3,4	5,6	3,4	−4,2	−2,6	5,6	5,7	4,0	2,8
Insgesamt	5,5	4,8	3,7	6,1	4,9	5,2	4,5	3,7	3,7

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Milliarden Euro.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

INTERVIEW



Geraldine Dany-Knedlik ist Leiterin des Bereichs Prognose und Konjunkturpolitik im DIW Berlin

„Der deutschen Wirtschaft geht es derzeit besser als gedacht“

1. Frau Dany-Knedlik, an den krisenhaften Rahmenbedingungen, unter denen die Weltwirtschaft leidet, hat sich im letzten halben Jahr nur wenig geändert. Es hat jedoch den Anschein, dass es der deutschen Wirtschaft besser geht als erwartet. Können Sie das bestätigen?

Ja, das kann ich bestätigen. Wir erwarten für dieses Jahr ein Wachstum von 1,2 Prozent, für das Jahr 2027 ungefähr ein Prozent und für 2028 noch starke 0,7 Prozent. Das heißt, wir haben unsere Konjunkturprognose für die deutsche Wirtschaft deutlich angehoben. Der Hauptgrund dafür ist, dass die erste Jahreshälfte sehr viel besser lief, als wir das noch im Sommer erwartet hatten. Der Energiepreisschock ist deutlich milder ausgefallen als zunächst gedacht und wir haben in der ersten Jahreshälfte sehr starke Exporte gesehen, was allerdings größtenteils auf Sondereffekte zurückzuführen sein dürfte. Das ist noch kein Grund zum Jubeln, aber trotzdem sieht es nun viel besser aus. Getragen wird die Konjunktur insgesamt allerdings weiterhin maßgeblich vom Staat und nicht von der Privatwirtschaft, also dem privaten Konsum und privaten Investitionen.

2. Welche Auswirkungen haben die Dürre und das Niedrigwasser in diesem Jahr?

Das Niedrigwasser belastet vor allen Dingen die Chemieindustrie und Metallerzeugnisse, weil viele Produkte und Vorprodukte über die Binnenschifffahrt transportiert werden. Wir haben in unserer Prognose schon einige Abschlüsse aufgrund des Niedrigwassers eingepreist und denken, dass das Verarbeitende Gewerbe im laufenden Quartal durch die zeitweise sehr niedrigen Pegelstände in der Binnenschifffahrt gebremst werden wird.

3. Wie sieht es bei den Investitionen aus?

Die privaten Investitionen haben sich weiterhin schleppend entwickelt. Getragen hat über die erste Jahreshälfte in erster Linie der Außenhandel, aber die privaten Investitionen, die normalerweise mit starken Exporten einhergehen, sind ausgeblieben. Das ist auch ein Grund, warum wir die starken Exporte, die wir gesehen haben, auf Sondereffekte zurückführen. Ein

Beispiel dafür sind vorgezogene chemische Exporte aufgrund erwarteter Preissteigerungen beim Rohöl, die dann nicht eingetreten sind.

4. Konnte sich der private Konsum erholen?

Der private Konsum konnte sich etwas erholen, entwickelt sich aber weiter schleppend. Auf der einen Seite haben wir unerwartet starke Lohnzuwächse von zuletzt über vier Prozent. Gleichzeitig ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiterhin angespannt. Die Sparquote bleibt auf ihrem Niveau von ungefähr zehn Prozent. Die Stimmung bei den Konsument*innen ist nicht besonders berauschend, auch wenn sich die Einkommenserwartungen zuletzt verbessert haben. Die privaten Haushalte warten ab und trauen der Erholung noch nicht, was sich auch darin widerspiegelt, dass sich viele Menschen Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen.

5. Wie entwickelt sich die Inflation?

Die Inflation wird zum Jahreswechsel noch etwas weiter ansteigen, vor allem weil wir steigende Gaspreise erwarten. Das liegt daran, dass wir über den Sommer unsere Gasspeicher nur bedingt aufgefüllt haben; aktuell liegt der Füllstand bei nur 52 Prozent. In Summe, mit ein paar weiteren Sondereffekten wie der Erhöhung der Tabaksteuer, wird das dazu führen, dass die Inflation im laufenden Jahr bei 2,7 Prozent und im kommenden Jahr noch bei 2,6 Prozent liegen wird und dann erst 2028 auf rund zwei Prozent zurückgeht.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

SOEP Papers Nr. 1241

2026 | Laszlo Goerke, Markus M. Grabka, Viola Hilbert, Yue Huang



Industrial Relations and Working from Home in Germany during the COVID-19 Pandemic

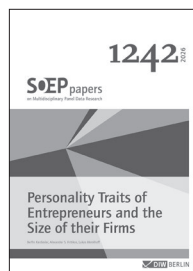
We investigate the role of industrial relations for working from home during and after the COVID-19 pandemic in Germany. Using data from the German Socio-Economic Panel (SOEP) for the years 2020 to 2023 and a special COVID sample (SOEP-CoV) for 2020 and 2021, we examine how collective bargaining and plant-level co-determination are associated with the incidence and frequency of working from home. Controlling for worker, firm, occupation, and industry characteristics, we find that employees covered by a collective bargaining agreement are less likely to work from home and do so less frequently than uncovered employees. In contrast, the incidence and frequency of working from home are positively associated with the presence of a works council.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1242

2026 | Berfin Kardaslar, Alexander S. Kritikos, Lukas Menkhoff



Personality Traits of Entrepreneurs and the Size of their Firms

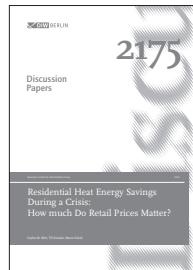
In this study, we examine the relationship between personality traits, captured by risk tolerance and the Big Five traits, and firm size, as measured by the number of employees. We show that the personality of entrepreneurs matters for the size of their firm they operate. We use a novel add-on to the German Socio-Economic Panel that includes a sub-sample of owner-managers running larger firms. High levels of risk tolerance – associated with an increased likelihood of firm exit in existing research – is positively associated with firm size for entrepreneurs in the market. High scores in extraversion are also associated with larger firms. However, a high level of openness for experience, a main driver of founding ventures, is negatively related to firm size. Overall, we show that running larger firms is associated with traits that are partially different from those that increase the likelihood of entrepreneurial entry or survival.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 2175

2026 | Sophie M. Behr, Till Köveker, Merve Küçük



Residential Heat Energy Savings During a Crisis: How much Do Retail Prices Matter?

The 2022 energy crisis led to sharp energy price surges and prompted public appeals and government programs to reduce energy consumption. This paper isolates energy savings driven by retail price increases from non-price driven savings attributable to other crisis-related factors such as public appeals. Using German residential energy billing data and a DiD-PSM approach, we identify average price-driven savings. We employ machine learning to estimate building-level price-driven and non-price-driven savings, and analyze their variation with socio-economic characteristics using census data. Our findings reveal

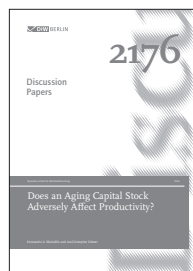
that energy savings were driven by non-price factors instead of price increases, and homogeneous across socio-economic characteristics.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2176

2026 | Konstantin A. Kholodilin, Jan-Christopher Scherer



Does an Aging Capital Stock Adversely Affect Productivity?

The capital stock in Germany and other advanced economies has been aging persistently since 1970s, raising concerns about its implications for productivity, economic growth, and resilience. This study investigates the relationship between capital stock modernity and productivity dynamics using a panel dataset covering 24 European countries between 1997 and 2020. We employ a panel local projections model with split-panel jackknife corrections to address the Nickell-type bias inherent in dynamic panel models with fixed effects. Our analysis controls for human capital, research and development, trade openness, institutional quality, and financial development. The results show that improvements

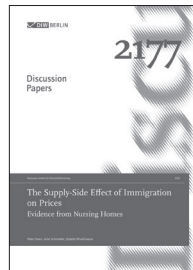
in capital stock modernity exert a positive and statistically significant effect on both total factor productivity (TFP) and labor productivity, although the timing of these effects varies across measures. Specifically, labor productivity growth responds immediately to capital modernization, whereas potential TFP growth increases only from the second year following the shock.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2177

2026 | Peter Haan, Julia Schmieder, Izabela Wnuk-Soares



The Supply-Side Effect of Immigration on Prices: Evidence from Nursing Homes

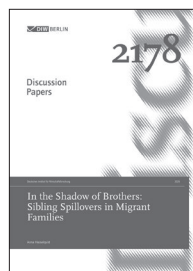
We study how immigration affects prices through changes in labor supply. Using policy-driven increases in immigration to Germany and administrative data covering the universe of nursing homes, we find that one additional foreign-born woman per 100 residents reduces nursing-home care prices by 2.6 percent. The price effects are concentrated in more competitive markets. Examining potential mechanisms, we find that immigration lowers labor costs as nursing homes shift toward lower-paid foreign-born workers. We find no evidence of declines in inspection-based measures of quality or of scale effects. Finally, immigration increases the use of informal care, potentially strengthening competitive pressure from the broader care market.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2178

2026 | Anna Hasselqvist



In the Shadow of Brothers: Sibling Spillovers in Migrant Families

Academic inequality between migrants and natives is often attributed to family dynamics that are difficult to observe. Siblings provide a way to study them: I estimate the effect of having a high-achieving sibling on the educational outcomes of children in migrant and native families. Using exogenous variation in sibling achievement from Sweden's school-entry cutoff in a Regression Discontinuity Design, I show that second-generation migrant girls face a unique disadvantage. A high-achieving brother lowers their grades, while a high-achieving sister has a small positive influence. Spillover effects are negligible for boys and native children regardless of sibling gender. Heterogeneity analysis suggests

that traditional cultural norms contribute to this disadvantage, and parental labor market integration substantially attenuates it.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



LORENZ MEISTER



Der amerikanische Traum verblasst

Lorenz Meister war bis Ende August Wissenschaftler im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

In kaum einem Industrieland ist das Einkommen so ungleich verteilt wie in den Vereinigten Staaten. Der amerikanische Traum rechtfertigt diese Ungleichheit mit dem Versprechen: Wer hart genug arbeitet, schafft es nach oben. Doch was passiert, wenn dieser Traum an Glaubwürdigkeit verliert?

Die Forschung erklärt Populismus bisher vor allem mit Globalisierung, Einwanderung und Finanzkrisen. Erstaunlich wenig beachtet wurde dabei die soziale Mobilität: die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien später in höhere Einkommensgruppen aufsteigen. Eine Studie mit 6 600 Befragten in den USA fokussiert nun genau darauf. Sie verbindet Daten zu sozialer Mobilität von Raj Chetty und seinen Kollegen am Opportunity Insights Lab in Harvard mit eigens erhobenen Umfragedaten auf regionaler Ebene. Dabei zeigt sich ein klares Muster: Wo die Aufstiegschancen am geringsten sind, ist die Zustimmung zu Donald Trump am höchsten – und populistische Einstellungen sind am stärksten ausgeprägt. Der Zusammenhang bleibt bestehen, wenn man berücksichtigt, dass in Regionen mit geringen Aufstiegschancen tendenziell Menschen mit niedrigerem Einkommen und geringerer Bildung leben.

Wie denken Menschen über Aufstieg nach? Dazu wurden über 3 000 persönliche Aufstiegsgeschichten erhoben, in denen Befragte in eigenen Worten erzählen, wie Menschen in ihrem Umfeld den Aufstieg geschafft haben. Wer die Aufstiegschancen im Land als gering einschätzt, erzählt systematisch Geschichten, in denen Glück, Beziehungen und Zufall den Ausschlag geben, nicht Fleiß und Anstrengung. Das wirft eine entscheidende Frage auf: Was treibt die populistischen Einstellungen? Die Erkenntnis, dass der Aufstieg schwierig ist, oder die Überzeugung, dass er nicht mehr auf Leistung beruht?

Aus den Mustern allein lässt sich das nicht ableiten. Um Ursache und Wirkung zu trennen, wurden zwei Experimente durchgeführt. Im ersten erhielt eine zufällig ausgewählte Hälfte der Befragten eine nüchterne Information: Nur acht von 100 Kindern, die in die einkommensschwächste von fünf

Gruppen hineingeboren werden, schaffen es als Erwachsene in die einkommensstärkste. Die andere Hälfte erhielt diese Information nicht. Das Ergebnis: Die Information verändert zwar die Einschätzung des Ausmaßes sozialer Mobilität – die populistischen Einstellungen aber bleiben unberührt. Das bloße Wissen, dass Aufstieg selten ist, macht noch keinen Populisten.

Ganz anders das zweite Experiment. Hier lasen die Befragten eine echte Aufstiegsgeschichte aus der vorherigen Befragung: eine, in der jemand nicht durch eigene Leistung aufstieg, sondern durch Beziehungen und glückliche Umstände. Wer eine solche Geschichte liest und daraufhin stärker an Aufstieg durch äußere Umstände glaubt, zeigt anschließend deutlich populistischere Einstellungen. Die Intervention verschiebt dabei nicht politische Einstellungen im Allgemeinen: Der Effekt wirkt spezifisch auf Populismus. Besonders stark reagieren Männer, Menschen ohne Hochschulabschluss und Befragte, die selbst keinen Aufstieg erlebt haben – genau jene Gruppen, die in der politischen Debatte oft als „Abgehängte“ bezeichnet werden.

Die Ergebnisse helfen zu verstehen, wie populistische Politiker ihre Wählerschaft mobilisieren. Wer den Eindruck hat, dass gesellschaftlicher Aufstieg keinen fairen Regeln mehr folgt, gibt sich nicht mit etwas mehr Umverteilung zufrieden. Vielmehr wird der Ruf nach einem Systemwechsel laut. Genau hier setzen Populisten an: Sie versprechen, das Establishment anzugreifen und die Legitimität von Eliten und Institutionen infrage zu stellen. Diese Rhetorik verfängt.

Daraus folgt eine unbequeme Einsicht für die Politik: Wer Populismus an der Wurzel bekämpfen will, muss direkt an der Fairness des sozialen Aufstiegs ansetzen. Der amerikanische Traum stirbt nicht daran, dass der Aufstieg schwieriger wird, sondern daran, dass er als Lüge erscheint.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version am 24. August 2026 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>